



Beschlussbuch

**Zur ordentlichen Regionalkonferenz der Jusos
Ostwestfalen-Lippe**

Am 26. Juni 2021

Im Kulturhof im Umweltzentrums Bielefeld

August-Bebel-Straße 16

| Antragsnummer | Titel | Antragstellerin | Seite |
|---------------|--|---------------------------|-------|
| B1 | Einführung verpflichtender Praktika an Schulen | Jusos KV Gütersloh | 3 |
| B2 | Förderung und Entlastung der Schüler*innen in Folge der Corona-Pandemie | Jusos KV Gütersloh | 4 |
| Ini1 | Verbindliche Einbindung von Schüler*innenvertretungen in der Bildungspolitik | Jusos KV Gütersloh | 5 |
| B4 | Pflicht-Modulprojekt „Psychische Gesundheit“ in öffentlichen Bildungseinrichtungen | Jusos KV Gütersloh | 7 |
| B6 | Lebenslanges Lernen fördern, nicht nur fordern! | Jusos KV Paderborn | 8 |
| B7 | Reform des BAföG – Studium darf keine Frage des Geldes sein | Jusos KV Paderborn | 9 |
| Ini3 | Sowi kommt wieder | Jusos KV Herford | 11 |
| D1 | Lobbygesetz für NRW | Jusos KV Paderborn | 12 |
| D2 | Whistleblower*innen endlich wirksam schützen! | Jusos KV Paderborn | 13 |
| D3 | Demokratieförderungsgesetz jetzt! | Jusos KV Minden-Lübbecke | 15 |
| G1 | Freiwilligendienste stärken | Jusos UB Bielefeld | 17 |
| G2 | Katastrophenschutz ist Aufgabe der Zivilgesellschaft | Jusos UB Bielefeld | 19 |
| G3 | Wider der Fortsetzung politischer Rhetorik – Für eine wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik! | Jusos UB Bielefeld | 20 |
| G4 | Marktmacht der Gaming-Giganten brechen! – Für ein Play-everywhere-Recht, weil es mir gehört! | Jusos KV Minden-Lübbecke | 25 |
| G5 | Jusos against Catcalling | Jusos KV Paderborn | 26 |
| U1 | Keinen Zug zurücklassen | Juso Regionalvorstand OWL | 28 |
| U2 | Das Ende der Verbrennungsmotoren zeitlich klar benennen – 2030! | Jusos KV Gütersloh | 31 |
| Ini2 | Ansätze zur Förderung von nachhaltigerem Konsum | Jusos KV Gütersloh | 33 |
| U5 | Ernährungswende – die Folgen der Nutztierhaltung reduzieren | Jusos KV Gütersloh | 37 |
| U8 | Bildung eines Bürger*innenrats zur Klima- und Umweltpolitik auf Landesebene | Jusos KV Gütersloh | 41 |
| U9 | CO2-Preis anheben und umweltschädliche Subventionen abbauen! | Jusos KV Gütersloh | 42 |
| U10 | Kohleausstieg bis 2030! | Jusos KV Gütersloh | 44 |
| U11 | Moore renaturieren, Torfabbau sowie Torfprodukte verbieten | Jusos KV Gütersloh | 45 |
| U12 | Photovoltaik-Pflicht bei privaten Neubauten und kommunalen Gebäuden | Jusos KV Gütersloh | 47 |
| U13 | Pilotprojekt „Autofreie Innenstädte am Wochenende“ | Jusos KV Gütersloh | 48 |
| U14 | Schottergärten verbieten! | Jusos KV Gütersloh | 49 |

B1

Einführung verpflichtender Praktika an Schulen

AntragsstellerIn: Jusos KV Gütersloh

1

2 Schülerpraktika bieten nicht nur die Möglichkeit Praxiserfahrung zu erwerben, sondern helfen auch
3 bei der Berufsorientierung. Daher soll sich in Nordrhein-Westfalen die Anzahl von Pflichtpraktika an
4 der Schule auf zwei angehoben werden, wobei mindestens eins der Praktika im sozialen oder
5 handwerklichen Bereich stattfinden soll. Außerdem sollen Schulen es ihren Schüler*innen
6 ermöglichen, bei Bedarf noch ein drittes Praktikum zu absolvieren. Die Dauer eines Praktikums soll
7 ungefähr 2-3 Wochen sein.

8 An allen Schulformen könnten die Pflichtpraktika in der 9. Und 10. Klasse stattfinden, während am
9 Gymnasium eines von beiden auch in die Sekundarstufe 2 verlegt werden kann. Die Arbeitszeit darf
10 dabei nicht mehr als 35 Stunden wöchentlich betragen.

11 Außerdem sollen Betriebe dazu verpflichtet werden, ab einer Größe von mindestens 9
12 Auszubildenden, pro Jahr mindestens ein Schülerpraktikant*in aufzunehmen, sollte sich jemand
13 bewerben.

14

15 Viele Schüler*innen wissen nach dem Abschluss oftmals nicht welchen Berufsweg sie einschlagen
16 sollen. Dies ist auch in der Hinsicht problematisch, da viele Betriebe oder öffentliche Dienststellen
17 ihre Bewerbungsfrist häufig ein Jahr vor Einstellungsbeginn schon schließen.

18 Beispielsweise hat die Polizei ein Bewerbungsfenster bis September 2021 für das Einstellungsjahr
19 2022 im August.

20 Das Problem der Schüler*innen liegt darin, dass sie dieses Fenster nun verpassen könnten, da sie so
21 frühzeitig noch nicht wissen, was sie machen sollen. Das Jahr nach dem Abschluss gilt für viele dann
22 leider als „verloren“.

23 Außerdem kann man mit einer guten Anzahl an Praktika in vielen verschiedenen Bereichen einen
24 Einblick erhalten und sich selbst in Berufen „erproben“. Ein Praktikum ist schon der erste Schritt in
25 die Arbeitswelt. Dies ist natürlich praktisch, da man die ersten Kontakte mit verschiedenen Firmen
26 knüpfen kann und sich somit den Einstieg in das Berufsleben erleichtern kann.

B2

Förderung und Entlastung der Schüler*innen in Folge der Corona-Pandemie

AntragstellerIn: Jusos KV Gütersloh

1

2 Wir fordern, dass die Mittel des vom Familien- und vom Bildungsministerium aufgelegten
3 „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona“ von zwei auf drei Milliarden Euro erhöht werden und die
4 Befristung auf die Jahre 2021/22 aufgehoben wird. Durch Unterrichtsausfälle, Schwierigkeiten beim
5 Home-Schooling oder durch eingeschränkten KiTa-Besuch können langfristige Lernrückstände bei
6 vielen Kindern entstehen – diese müssen dementsprechend auch langfristig angegangen werden.

7 Pandemiebedingt sind zwischen 300 und 600 Präsenz-Unterrichtsstunden entfallen. Die Defizite sind
8 exorbitant. Die Probleme sind dabei bekannt - Teilnahm am Online-Unterricht war in
9 sozialschwachen Familien teils unmöglich, es gab keine Konzepte und fehlendes technisches Know-
10 How der Lehrer*innen.

11 „Die Bildungsministerin ist aktuell die beste Politikerin in der Bundesregierung der CDU, denn sie
12 macht nichts - und damit auch nichts falsch“

13 Schön wäre es, wenn es wahr wäre. Sie hat dem Bundeskabinett ein Konzept vorgelegt, welches
14 dabei helfen soll, die Defizite der Schüler*innen aufzufangen - dieses wurde auch verabschiedet.

15 Wir sind der Meinung, dass in die Nachhilfe der Schüler*innen investiert werden muss.

16 Für Großkonzerne konnten schließlich viel höhere Budgets verabschiedet werden, ohne diese an
17 Bedingungen zu knüpfen. Denn sonst kann nicht sichergestellt werden, dass die Lerngruppen nicht zu
18 groß werden. Möglichst große Konzentration auf die einzelnen Schüler*innen muss oberste Priorität
19 haben.

20 Es darf keiner der Schüler*innen auf der Strecke bleiben, weil unser Bildungsministerium nicht
21 genügend Budget zur Verfügung stellt.

22 Weitergehend fordern wir, dass der Lehrplan entschlackt wird. Es können nicht alle Defizite in den 6
23 Wochen der Sommerferien geschlossen werden. Der Fokus sollte auf soziale Kontakte gelegt werden.
24 Durch zu hohen Lerndruck und das damit verbundene Durchpeitschen der Klausuren entstehen nur
25 noch mehr psychische Probleme der Schüler*innen.

26 Wenn wir nicht jetzt in die Nachhilfe investieren und den Lehrplan entschlacken, haben wir bald eine
27 Vielzahl von psychisch instabilen Schüler*innen.⁸

¹http://www3.weforum.org/docs/WEF_A_New_Circular_Vision_for_Electronics.pdf

<https://www.zdf.de/gesellschaft/plan-b/plan-b-die-reparatur-revolution-100.html>

²<http://ewastemonitor.info/>

<https://www.rnd.de/digital/un-bericht-536-millionen-tonnen-elektroschrott-allein-im-vergangenen-jahr-AK7TULHFQZKKS6GVVWXWESMNV.html>

³<https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/photo-of-the-year/contest-2011>

⁴<https://www.zdf.de/gesellschaft/plan-b/plan-b-die-reparatur-revolution-100.html#:~:text=Von%20einer%20%22Reparatur%2DRevolution%22,Rohstoffe%20m%C3%B6glichst%20lange%20genutzt%20werden.>

⁵<https://unternehmen.handelsblatt.com/reparieren-statt-wegwerfen.html>

⁶<https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-europaparlament-will-recht-auf-reparatur-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-201125-99-462253>

<https://www.bundestag.de/presse/hib/580974-580974>

1

2 Die Jusos setzen sich dafür ein, institutionelle Strukturen zur verbindlichen Einbindung von
3 Schüler*innenvertretungen auf Kreis- und Landesebene (BSVen, LSV NRW) in die Entscheidungsfindung der
4 Bildungspolitik zu schaffen sowie einen allgemeinen, dauerhaften Bürger*innen-Rat zur Bildungspolitik (im
5 Folgenden „Bildungsrat“ genannt) zu gründen und institutionell einzubinden.

6 Dazu gehört etwa die feste Verankerung in entsprechenden Fachausschüssen und vergleichbaren Gremien, um
7 legitime und bindende Beschlüsse unter Beteiligung der betroffenen Jugendlichen zu fassen.

8 Durch die zentrale Stellung von Schulen als Lebensmittelpunkt greift Bildungspolitik sehr weit in das Leben von
9 Kindern und Jugendlichen ein. Der Wunsch vieler Schüler*innen, Bildungspolitik aktiv mitgestalten zu können,
10 liegt daher auf der Hand. Bezirks- und Landesschüler*innenvertretung tragen in der Theorie dazu bei, diesen
11 Wunsch zu erfüllen und ermöglichen die Repräsentation von Schüler*innen auf Entscheidungsebenen der
12 Bildungspolitik.

13 Trotzdem sind diese Gremien häufig machtlos, da ihnen trotz ihrer Legitimität jede Entscheidungskompetenz
14 fehlt. Da allen unter 18 außerdem das Wahlrecht fehlt, ist eine aktive Mitgestaltung der Politik schwierig und
15 stets auf das Wohlwollen der tatsächlichen Entscheider*innen in Verwaltung oder Regierung angewiesen.

16 Die, die von Bildungspolitik betroffen sind, sollten sie auch mitprägen dürfen – ohne auf die Gunst anderer
17 angewiesen zu sein. Daher sollte die Rolle von Schüler*innenvertretungen gestärkt werden, indem sie
18 verbindlich als demokratisch gewählte Vertretung aller Schüler*innen in alle Entscheidungen der
19 Bildungspolitik einbezogen werden.

20 Ein weiteres Instrument der Einbindung in Bildungspolitik kann der Bildungsrat sein:

21 Der Bildungsrat soll Forderungen und Lösungsvorschläge für die Landesregierung erarbeiten und in beratender
22 Funktion das Ministerium für Schule und Bildung NRW unterstützen. Die Mitglieder sollen ausgelost werden;
23 dabei müssen Studierende, Schüler*innen, Lehrer*innen, Erzieher*innen, Pädagog*innen,
24 Schulsozialarbeiter*innen, Dozierende im Bereich Lehramt“ und Eltern mit schulpflichtigen Kindern paritätisch
25 vertreten sein. Es handelt sich also nicht um einen vollständig gelosten Bürger*innenrat; Menschen außerhalb
26 des Bildungssystems können nicht Mitglieder des Bildungsrats sein.

27 Das basisdemokratische Konzept von Bürger*innenräten gewinnt in letzter Zeit enorm an Popularität, da es
28 Beteiligung unter annähernd repräsentativer Zusammensetzung hinsichtlich des Geschlechts, Alters,
29 Bildungsstands, der Region und eines Migrationshintergrunds ermöglicht.

30 Gerade in der Bildungspolitik ist die gesellschaftliche Unzufriedenheit mit dem föderalen Bildungssystem
31 besonders hoch. Außerdem ist die Beteiligung am Schulleben Beteiligter in der Entscheidungsfindung der
32 Bildungspolitik sehr gering, obwohl sich die Entscheidungen unmittelbar auf sie auswirken.

- 1 Vor dem Hintergrund dieser Aspekte bietet der Bildungsrat die Möglichkeit, die Rolle von Schüler*innen und
- 2 Studierenden in der Bildungspolitik und Vertrauen in demokratische Prozesse zu stärken sowie die
- 3 Repräsentation von jungen Menschen in der politischen Entscheidungsfindung herzustellen.²

^{2 2} Kirby, Nicolina; Freier, Anna Nora; Renn, Ortwin et al. (2021): Evaluation des Bürgerrats Deutschlands Rolle in der Welt. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Evaluationen. Potsdam, Wuppertal; DOI: 10.25926/hjqy-x361, S. 11

² <https://www.sueddeutsche.de/bildung/bildung-mehrheit-laut-umfrage-fuer-einheitlicheres-bildungssystem-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200902-99-399141>

B4

Pflicht-Modulprojekt „Psychische Gesundheit“ in öffentlichen Bildungseinrichtungen

AntragsstellerIn: Jusos KV Gütersloh

1

2 Die Jusos setzen sich dafür ein, dass in allen öffentlichen Bildungseinrichtungen verpflichtend ein
3 Modulprojekt zum Thema psychische Gesundheit angeboten werden muss. Dieses darf nicht
4 ausschließlich von Lehrenden oder regulären Professor*innen durchgeführt werden, sondern muss
5 von Expert*innen auf dem Gebiet psychischer Gesundheit (Therapeut*innen, Ärzt*innen,
6 Psycholog*innen, Schulsozialarbeiter*innen etc., evtl. auch Psychologiestudierende) begleitet
7 werden. Das Modul soll alle Beteiligten der Einrichtungen für klinisch bedeutsame psychische
8 Störungen (beispielsweise Depression, Burn-Out uvm.) sowie die allgemeine psychische Gesundheit
9 sensibilisieren und Beratungs- und Hilfsangebote aufzeigen. Parallel sollen Orte in den
10 Bildungseinrichtungen geschaffen oder gefördert werden, die das vertrauliche Schildern von
11 Problemen für Schüler*innen/Studierende ermöglichen.

12 Die Vertrauenspersonen müssen entsprechend sensibilisiert und dahingehend ausgebildet werden,
13 bei Problemen mit klinischer Bedeutsamkeit die Schüler*innen oder Studierende an entsprechende
14 Expert*innen mit Approbation (Psychotherapeut*innen, Psychiater*innen und Ärzt*innen)
15 weiterzuleiten. Eine Behandlung von psychischen Störungen soll weiterhin ausschließlich von diesen
16 vorgenommen werden. In der Pandemie haben sich psychische Probleme bei Kindern, Jugendlichen
17 und jungen Erwachsenen durch Kontaktabbrüche, familiäre Situationen und andere Aspekte deutlich
18 verstärkt. Bereits im Juni 2020 wurden bei 31% der 7- bis 17-Jährigen psychische Auffälligkeiten
19 festgestellt.

20 Die Pandemiesituation verschärft aber nur ein altes Problem: Psychische Gesundheit bei Kindern und
21 Jugendlichen wird häufig vernachlässigt oder missinterpretiert. Dabei ist psychisches Wohlbefinden
22 von genauso hoher Relevanz wie körperliche Gesundheit und wirkt sich auf diese sowie die
23 Interaktion mit anderen Menschen aus. Menschen mit psychischen Störungen sterben 20 Jahre
24 jünger als die allgemeine Bevölkerung.

25 Seit Jahrzehnten ist daher klar, wie wichtig das Bildungsumfeld auch für die emotionale Entwicklung
26 und psychische Gesundheit ist. Gerade durch Lernstress, Verdichtung sozialer Strukturen und die
27 Stellung von Bildungseinrichtungen als Lebensmittelpunkt wird diese besondere Bedeutung
28 unterstrichen.

29 Daher sollte es für alle öffentlichen Bildungseinrichtungen (Schulen, Universitäten, etc.) verpflichtend
30 sein, durch Fachpersonal unterstützt für alle Schüler*innen das Modul „Psychische Gesundheit“ zur
31 Sensibilisierung, Unterstützung und Hilfeleistung anzubieten. Eine reine Betreuung durch
32 Lehrende/Professor*innen wäre kontraproduktiv, da festgefahrene soziale Strukturen selbst Teil des
33 Problems sein können und durch das Hinzuziehen von Expert*innen (teilweise) aufgelöst werden
34 könnten. Außerdem ist durch die Vermischung der persönlichen und institutionellen Rolle der
35 Lehrenden das Vertrauensverhältnis zwischen Lehrer*innen und Schüler*innen vorbelastet. Dies ist
36 in der eindeutig definierten Beziehung zu Expert*innen nicht der Fall.³

³ Ravens-Sieberer, U; Kaman, A; Otto, C et al. (2020): Mental health and quality of life in children and adolescents during the COVID-19 pandemic – results of the COPSYP study. Dtsch Arztebl Int 117:828–829

B6

Lebenslanges Lernen fördern, nicht nur fordern!

AntragsstellerIn: Jusos KV Paderborn

1

2 Wer in NRW lebt und ein zu versteuerndes Einkommen zwischen 20.000€ und 40.000€ hat, hat als
3 Beschäftigte*r, Selbständige*r oder Berufsrückkehrer*in bei beruflichen Weiterbildungen Anspruch
4 auf den Bildungsscheck NRW und bei darunter liegenden Einkommen auf die Bildungsprämie des
5 Bundes. Diese übernehmen bis zu 50% der Kosten der Weiterbildung bis zu einer Höhe von 500€.

6 So weit, so gut – allerdings sind diese Fördermöglichkeiten Anspruchsberechtigten zum einen häufig
7 nicht bekannt und so übernehmen diese unnötig selbst die Kosten ihrer Weiterbildung oder
8 beginnen die Maßnahme aus finanziellen Gründen gar nicht erst. Zum Anderen gibt es
9 Weiterbildungen nicht für lau. Das heißt, dass gerade Kurse, die eine langfristige oder tiefere
10 Weiterbildung beinhalten und so einen besonders großen Nutzen für den beruflichen Werdegang
11 entfalten können, höhere Kosten als 1000€ (maximale Förderung 50% der Kosten und höchstens
12 500€) haben können. Auf diesen Kosten bleiben dann diejenigen sitzen, die sich aktiv um ihre
13 berufliche Zukunft kümmern und weiterbilden möchten.

14 Aus staatlicher Sicht spricht für eine Ausweitung der bestehenden Fördergrenzen: Jede in Anspruch
15 genommene Weiterbildungsförderung, die dazu führt, dass eine Weiterbildung überhaupt
16 durchgeführt wird und die infolgedessen den Wechsel in einen anderen (besser bezahlten) Job
17 ermöglicht oder eine Arbeitslosigkeit verhindert, ist eine lohnenswerte Investition.

18 Deswegen fordern wir:

19 - Maximale Förderquote des Bildungsschecks NRW von 50% auf 66% erhöhen

20 - Maximale Fördersumme des Bildungsschecks NRW von 500€ auf 1500€ erhöhen

21 - Breit angelegte Werbekampagne für Bildungsscheck, um die Bekanntheit und Inanspruchnahme der
22 Maßnahme zu erhöhen

23 Aus unserer Sicht gehört eine solche Forderung auch ins Wahlprogramm der NRW SPD.

³ WHO (2019): Psychische Gesundheit – Faktenblatt. URL:

https://www.euro.who.int/_data/assets/pdf_file/0006/404853/MNH_FactSheet_DE.pdf

³ Bilz, Ludwig (2008): Schule und psychische Gesundheit. Risikobedingungen für emotionale Auffälligkeiten von Schülerinnen und Schülern. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 242

³ Fabel-Lamala, Melanie; Fetzner, Janina (2014): Vertrauen in Schule(n) – ein Überblick. In: Bartmann, Sylke: Vertrauen in der erziehungswissenschaftlichen Forschung. Opladen/Berlin: Verlag Barbara Budrig, S. 252

³ Bormann, Inka (2012): Vertrauen in Institutionen der Bildung [...]. In: Zeitschrift für Pädagogik 58 6, S. 815

B7

Reform des BAföG - Studium darf keine Frage des Geldes sein

AntragsstellerIn: Jusos KV Paderborn

1

2 Erst die Vorlesung besuchen, dann an der Hausarbeit schreiben und anschließend für die Klausur
3 lernen. Jedoch gibt es für einige Studierende keinen Feierabend, stattdessen müssen sie nochmal los,
4 um zu arbeiten. Einige haben nicht mal die Möglichkeit nach der Universität Geld zu verdienen,
5 sondern verpassen deswegen wichtige Vorlesungen. Doch sollte jemand, der studieren gehen
6 möchte, nicht noch nebenbei arbeiten müssen. Eigentlich bietet der Staat in Form des
7 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) auch für Studierende eine finanzielle Unterstützung.
8 Jedoch werden viele aus absurden Gründen abgelehnt oder verlieren ihren Anspruch. Die Bürokratie
9 ist aufwendig und unübersichtlich. Dadurch, dass das BAföG zurückgezahlt werden muss, starten
10 Studierende mit Schulden in die Arbeitswelt. Das zeigt: Das BAföG ist nicht ausgereift und an vielen
11 Stellen nicht zu Ende gedacht. Bildung muss für jede*n gleichermaßen zugänglich sein und niemand
12 darf auf Grund seines Finanzstatus eingeschränkt werden. Wer jedoch nebenbei arbeiten muss, um
13 sich seinen eigenen Hausstand finanzieren zu können, widerfährt eine direkte Benachteiligung. Um
14 dem entgegenzuwirken, benötigen wir dringend eine drastische Reform des BAföG hin zu einer
15 wirklichen Unterstützung und zum Ziel, dass ein Studium keine Frage des Geldes ist.

16 Daher fordern wir:

17 - Das BAföG muss elternunabhängig werden und jede Person sollte mindestens einmal im Leben
18 Recht auf eine Förderung erhalten. So gibt man Studierende auch eine bessere Planbarkeit. Aktuell
19 wird der BAföG-Satz jedes Jahr neu berechnet, was dazu führen kann, dass nur, weil zum Beispiel
20 Geschwister einen Job annehmen, der BAföG-Satz um mehr als die Hälfte sinken kann. Das kann
21 drastische Folgen haben.

22 - Die Orientierung des BAföGs muss von der Regelstudienzeit abgekoppelt werden und stattdessen
23 sollte eine Orientierung an der durchschnittlichen Studienzeit erfolgen. Die idealisierte
24 Regelstudienzeit von 6 Semestern spiegelt nicht die Realität vieler Studiengänge wider. Als Beispiel:
25 2017 haben an der Uni Paderborn im Studiengang Maschinenbau von über 100 Studierende kein*e
26 einzige*r sein/ihr Studium in Regelstudienzeit geschafft. Außerdem muss den Studierenden der
27 Druck genommen werden, indem die restriktive Überprüfung der Leistungsnachweise durch die
28 Ämter gelockert wird.

29 - Die Altersbegrenzung muss abgeschafft werden. Zu Beginn des Bachelor-Studiums darf man nicht
30 älter als 29 sein. Wer sich jedoch erst später dazu entschließt, ein Studium zu belegen, darf nicht
31 benachteiligt werden, nur weil man mit 20 noch nicht genau wusste, was man später in seinem
32 Leben machen möchte.

33 - Der Förderbetrag muss an die Lebensrealitäten angepasst werden. Wir schlagen vor, dass
34 mindestens der Betrag der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes als Orientierung genutzt
35 wird. Dabei soll der Förderbetrag sich an die Lohn- und Preisentwicklung halten und ein regelmäßiger
36 und automatischer Inflationsausgleich stattfinden. Außerdem müssen lokale Preise berücksichtigt
37 werden, in dem man den Wohnkostenzuschuss lokal anpasst. In München zu wohnen ist deutlich
38 teurer, als wenn man sein Studiengang zum Beispiel in Paderborn absolviert. Dabei gilt es auch, dass
39 das BAföG nicht zurückgezahlt werden muss.

- 1 - Eine Vereinfachung der Beantragung von BAföG durch zum Beispiel einen einheitlichen Online
- 2 Antrag. Außerdem sollte der Informationsfluss besser ausgeweitet werden, so dass den Studierenden
- 3 ein besserer Überblick vermittelt wird. Oft scheitert es an der Bürokratie, dass Studierende sich zum
- 4 Teil gar nicht erst bewerben.

- 5 - Auch bei einem Fachwechsel nach dem 4. Semester müssen Studierende weiter gefördert werden.
- 6 Auch hier darf niemand benachteiligt werden, nur weil man nicht direkt das gefunden hat, was man
- 7 wirklich studieren möchte. Es ist nicht selten, dass man während seines Studiengangs merkt, dass
- 8 man doch etwas anderes möchte. Keine*r sollte auf Grund des Geldes gezwungen werden, etwas zu
- 9 studieren, was er/sie am Ende gar nicht möchte.

Ini3 SoWi kommt wieder!

AntragsstellerIn: Jusos KV Paderborn

1 Im Schatten der Corona-Pandemie entstanden im Schulministerium unter Yvonne Gebauer statt
2 Ideen für ein gutes schulpolitisches Krisenmanagement vor allem Pläne, um neoliberale Ideologie zu
3 Lasten politischer Bildung in unsere Schulen zu bekommen.

4 Nachdem durch die Schwarz-Gelbe Landesregierung bereits zum Schuljahr 2019/20 das Fach
5 Sozialwissenschaften in der Sekundarstufe I aus dem Lehrplan der Gymnasien gestrichen und durch
6 Wirtschaft/Politik ersetzt wurde und selbiges zum Schuljahr 2020/21 für alle weiterführenden
7 Schulen galt, hat sie nun schließlich der politischen Bildung in NRW endgültig den Kampf angesagt:
8 Das Fach Sozialwissenschaften wurde aus der Lehramtszulassungsverordnung des Landes restlos
9 gestrichen und durch das Fach Wirtschaft/Politik ersetzt.

10 Interdisziplinäre Ansätze, soziologische Einordnung von Sachverhalten und kritisches Hinterfragen
11 vorhandener Strukturen fallen als „Verbraucherkompetenzen“ verpackten neoliberalen Idealen zum
12 Opfer. Schüler*innen sollen auf ein möglichst marktconformes Leben und ihre Funktion im
13 gesellschaftlichen Getriebe vorbereitet werden.

14 Die Ökonomisierung der Lerninhalte ist nach der Ansicht von Schwarz-Gelb offenbar nicht nur
15 wichtiger als die Ausweitung politischer Bildung, sondern sie ist es sogar Wert, das wirksamste Mittel
16 gegen antidemokratische Bewegungen und gesellschaftliche Radikalisierung – das in Zeiten von AFD
17 und Querdenker*innen wichtiger als je zuvor seit dem Bestehen der Bundesrepublik ist – einfach mal
18 zusammenzustreichen. Demokratie lebt von starken Demokrat*innen, die ihre Begeisterung dafür
19 meist in der politischen Bildungsarbeit entdecken.

20 Darüber hinaus sind durch diese Entscheidungen Schüler*innen, Eltern, Lehrkräfte und
21 Lehramtsstudierende vor vollendete Tatsachen und undurchdachte Konzepte gestellt worden:
22 Pädagogisch macht die Auflösung der interdisziplinären Bearbeitung im Fach Sozialwissenschaften
23 keinen Sinn, organisatorisch wurde mit lauter ungeklärten Fragen Verwirrung, insbesondere für
24 Lehramtsstudierende gestiftet.

25 Wir als Jungsozialist*innen und Sozialdemokrat*innen lassen CDU und FDP diese Strategie auf Kosten
26 der Grundlagen unserer Demokratie nicht durchgehen.

27 Es braucht mehr demokratische Bildung – NICHT WENIGER!

28 Deshalb fordern wir:

- 29 ● Die sofortige Wiedereinführung des Schulfaches Sozialwissenschaften als interdisziplinäres
30 Fach in der Sekundarstufe I aller weiterführenden Schulen in NRW.
- 31 ● Die Abschaffung des Schulfaches Wirtschaft/Politik.
- 32 ● Eine entsprechende Anpassung in der LZV NRW.
- 33 ● Eine klare Übergangsregelung für die Schüler*innen und Lehramtsstudierenden, die von den
34 Spielchen der Schwarz-Gelben Regierung betroffen waren.
- 35 ● Die Ausweitung der politischen und demokratischen Bildung in Schule.

36

D1**Lobbygesetz für NRW**

AntragsstellerIn: Jusos KV Paderborn

1

2 Die Vertretung gesellschaftlicher Interessen gegenüber Politik und allgemeiner Öffentlichkeit gehört
3 zu den Wesensmerkmalen eines demokratischen Staatswesens. Interessenvertreterinnen und
4 Interessenvertreter unterschiedlichster Art sind in verschiedenen Formen an demokratischen
5 Willensbildungsprozessen beteiligt. Die Partizipation von Verbänden, Vereinen, Unternehmen,
6 Organisationen und weiteren Akteuren der Interessenvertretung ist unbestreitbar ein wichtiger
7 Bestandteil des Gesetzgebungsverfahrens. Bei der Formulierung von Gesetzen ist es wichtig,
8 Einwände von betroffenen Gruppen anzuhören und denkbare Umsetzungsschwierigkeiten von
9 vornherein zu vermeiden.

10 Genauso wie Parlamentssitzungen und Gesetzesentwürfe öffentlich einsehbar sind, muss es den
11 Wähler*innen möglich sein, Einblick in diesen Prozess zu nehmen. Sie haben ein Anrecht darauf zu
12 erfahren, wer außer den von ihnen dazu gewählten Abgeordneten am Gesetzgebungsverfahren
13 beteiligt ist. Um das zu ermöglichen, müssen Abgeordnete offenlegen welche Nebenverdienste sie
14 neben ihrer Abgeordnetentätigkeiten erwerben und mit welchen Interessensvertreter*innen sie in
15 welcher Form in Kontakt stehen. Die Grenze zwischen notwendigem Lobbyismus und unzulässiger
16 Einflussnahme müssen klar gezogen und deren Einhaltung durch öffentlichen Druck und
17 angemessene Sanktionsandrohungen sichergestellt werden. Wir fordern deswegen ein umfassendes
18 Gesetz zur Regelung von Lobbyarbeit bezogen auf den Landtag NRW, mit folgendem Inhalt:

19 - In Gesetzesentwürfen ist aufzuführen, wer in welcher Form an dessen Erstellung mitgewirkt hat.

20 - Spenden an Abgeordnete mit einem Wert über 100 Euro, unabhängig von welcher Organisation
21 sind öffentlich zu machen.

22 - Treffen von Abgeordneten mit Interessensvertretern sind innerhalb eines Monats nach dem Treffen
23 zu veröffentlichen.

24 - Um die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen zu sichern ist eine unabhängige Kontrollstelle
25 einzurichten und Sanktionen in entsprechender Höhe festzulegen.

26 Innerparteilich fordern wir zudem die Landesabgeordneten der SPD NRW auf ihre Nebeneinkünfte zu
27 spenden.

D2

Whistleblower*innen endlich wirksam schützen!

AntragsstellerIn: Jusos KV Paderborn

1 Whistleblowing erfüllt in Zusammenarbeit mit Medien oder Justiz eine wichtige Rolle in unserer
2 Gesellschaft und Demokratie und nimmt dabei eine Art Kontrollfunktion für schwerwiegende
3 Verstöße gegen Gesetze oder ethische Normen ein. Whistleblower*innen gehen dabei häufig
4 erhebliche Risiken für ihr berufliches und privates Leben ein, teilweise sogar für ihr Leben selbst – sie
5 verdienen deswegen Schutz und Unterstützung.

6 Die prominentesten Beispiele der aktuellen Zeit hierfür sind sicherlich Edward Snowden, Chelsea
7 Manning und Julian Assange, die für die Aufklärung der Öffentlichkeit über unrechtmäßige oder
8 sogar unmenschliche Vorgänge im Namen der Vereinigten Staaten mit Gefängnishaft bestraft oder
9 bedroht wurden. Im Fall von Manning und Assange sprachen die UN-Sonderberichterstatter für
10 Folter Mendez und Melzer sogar von Folter während ihrer Haft – ein Armutszeugnis und eine
11 Schande für jeden Staat, insbesondere aber für Demokratien wie Großbritannien oder die USA. Dass
12 2020 einerseits der Europarat die Freilassung von Assange gefordert hat, andererseits das EU-
13 Parlament dessen Namen aus dem Bericht zur Lage von Menschenrechten in der EU gestrichen hat,
14 zeigt das ambivalente Verhältnis von Staaten und Regierungen zu Whistleblower*innen.

15 Aber auch „unpolitische“ Whistleblower*innen benötigen Rechtssicherheit und vertrauliche
16 Ansprechpartner*innen: Mit der Manipulation von Abgaswerten von Dieselaautos bei VW und der
17 Bilanzmanipulation hätte es auch in Deutschland in den letzten Jahren Bedarf für Mitarbeiter*innen,
18 die unrechtmäßige Handlungen innerhalb des Unternehmens oder auch öffentlich ansprechen
19 gegeben.

20 Wahrheitsfindung und die Aufdeckung von kriminellen Tätigkeiten in Unternehmen oder im Rahmen
21 von staatlichen Aktivitäten wie bei Wirecard oder der manipulierten Software bei Dieselaautos, sollte
22 im Interesse eines und einer Jeden, insbesondere aber auch im Interesse von Staaten sowie
23 Unternehmen, die dadurch die Möglichkeit zur Erledigung von Missständen oder die Beseitigung von
24 unfairen und unlauteren Wettbewerbsvorteilen durch kriminelle Konkurrenz bekommen.

25 Dies war auch der Kerngedanke der EU-Richtlinie 2019/1937, die Ende 2019 von EU-Kommission, EU-
26 Ministerrat und europäischem Parlament beschlossen wurde. Sie beinhaltet unter anderem die
27 Pflicht für Unternehmen ab 50 Beschäftigten bzw. Jahresumsatz von 10 Millionen Euro und
28 Gemeinden ab 10.000 Einwohner*innen interne Kanäle für anonyme Hinweise auf Missstände
29 einzurichten. Auf diese muss innerhalb von 3 Monaten reagiert werden, indem die Hinweise
30 weiterverfolgt werden und Whistleblower*innen eine Rückmeldung darüber erhalten. Diese sollen
31 durch ihre Meldung keinerlei Nachteile erleiden, insbesondere sollen berufliche Konsequenzen (z. B.
32 Kündigung, Einschüchterungen, Mobbing am Arbeitsplatz) ausgeschlossen sein. Wenn es keine
33 internen Meldemöglichkeiten gibt oder nicht angemessen auf die Meldung reagiert, dann dürfen die
34 Meldungen auch beispielsweise an Ermittlungsbehörden oder Medien erfolgen.

35 Diese Richtlinie hat eine Umsetzungsfrist bis zum 21.12.21, allerdings sieht es nach einer Blockade
36 des Bundeswirtschaftsministers Peter Altmaier aktuell nicht so aus, als ob dies noch in dieser
37 Legislaturperiode möglich wäre – und was mit dem Vorhaben nach der Bundestagswahl passiert ist
38 ebenfalls unklar. Das Thema ist aber zu wichtig, um unter den Tisch gefallen lassen zu werden oder

1 wie viele andere Initiativen von der Union verwässert zu werden! Zusätzlich ist es gegenüber den
2 betroffenen Unternehmen unverantwortlich, dass die Umsetzung so lange verzögert wird, sodass
3 diese sich kaum darauf vorbereiten können.

4 Über die Richtlinie hinausgehende Regelungen sind aber ebenfalls denkbar:

5 So bezieht sich diese nur auf Meldungen über Verstöße gegen EU-Recht, dies sollte auch auf
6 Verstöße gegen nationales Recht ausgeweitet werden. Da es nicht nur in Deutschland oder der EU
7 Whistleblower*innen gibt, die aber in ihrer Heimat gegebenenfalls deutlich schlechter vor
8 (staatlichen) Repressalien geschützt sind, sollte der Schutz vor diesen Repressalien auch ein
9 Asylgrund sein.

1

2 Im Juni 2019 wurden tödliche Schüsse auf den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke
3 abgefeuert. Bei einem antisemitischen Anschlag auf eine Synagoge und einen Dönerimbiss in Halle
4 im Oktober 2019 wurden zwei Menschen ermordet. 2020 wurde die „Gruppe S“ unter Anderem in
5 Minden-Lübbecke daran gehindert deutschlandweite Anschläge zu verüben und nur wenige Tage
6 später erschoss ein Anhänger rassistischer Verschwörungsideologien in Hanau zehn Menschen,
7 weitere erlitten Verletzungen. Die radikale Rechte ist aktiv und sie ist gefährlich. Bereits 2018 hat sich
8 die Große Koalition deshalb auf ein Demokratieförderungsgesetz geeinigt.

9 Damit sollten endlich ein rechtlicher Rahmen für die sehr wertvolle Arbeit vieler Initiativen in der
10 Demokratietarbeit geschaffen werden. Neben einer Vervierfachung des Budgets bis 2023 auf dann
11 rund 200 Millionen Euro, sollte auch die institutionelle Antragsstellung und dauerhafte Förderung
12 von Initiativen ermöglicht werden. Doch seit drei Jahren blockiert das Innenministerium das
13 Gesetzespaket. Wir finden: Es wird Zeit!

14 Die Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit zur Demokratiestärkung, gegen Rechtsextremismus,
15 Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Muslimfeindlichkeit, Homo- und Transfeindlichkeit,
16 Sexismus, Behindertenfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist
17 eine staatliche Daueraufgabe. Die Krise des Asylrechts und die Corona-Pandemie haben als
18 Katalysator für einen Riss in der Gesellschaft gesorgt. Die gesellschaftliche Lastenverteilung aus
19 diesen staatlichen Stresssituationen zu Ungunsten der Schwächeren, machte es leicht für die radikale
20 Rechte gesellschaftliche Gruppen gegeneinander auszuspielen. Das gelingt ihnen besonders dort, wo
21 andere Großinstitutionen wie Gewerkschaften, demokratische Parteien oder Kirchen an Bindung
22 verlieren. Dabei zeigen antifaschistische Bürger:innenprojekte und Vernetzungsarbeit seit Jahren,
23 dass ein entschiedenes Entgegenreten, das beste Mittel gegen Menschenfeindlichkeit ist. Leider sind
24 viele dieser wichtigen Demokratieprojekte seit Jahren unterfinanziert oder haben keine dauerhafte
25 Perspektive.

26 Deshalb braucht es einen Ausbau des Programms „Demokratie leben!“ in ein sogenanntes
27 Demokratieförderungsgesetz, damit bewährte Strukturen und Partnerschaften lokaler
28 Demokratieinitiativen auch ohne den Druck zeitlich begrenzter Projektarbeit ihre Ideen verwirklichen
29 können. Begegnungsarbeit braucht Zeit und eine zweijährige Förderung schafft zwar den Aufbau von
30 Strukturen, aber dann läuft zumeist ihre Förderung aus. Es kann nicht sinnvoll sein, dass kleine
31 Initiativen auf jährliche Fördersummen hoffen, indem sie ihre bewährten Strukturen als ständig
32 wechselnde Ideen verkaufen. So geht ehrenamtliches Engagement für Antragsstellung verloren.

33 Die demokratischen Werte eines Demokratieförderungsgesetzes müssen durch einen Konsens der
34 demokratischen Parteien gestützt werden, damit Initiativen und lokaler Akteur:innen nicht zum
35 Spielball wechselnder Mehrheitsverhältnisse werden. Die Bundesregierung muss eine Konzeption
36 vorzulegen, um die Finanzierung von Strukturprojekten der Demokratieförderung von den bisher
37 zeitlich begrenzten Programmlaufzeiten zu entkoppeln und auch ihre institutionelle Unterstützung zu
38 ermöglichen. Bisher müssen Initiativen wie die Amadeu-Antonio Stiftung oder Aktion Sühnezeichen
39 alle vier Jahre neue Konzepte einreichen, um eine Bundesförderung zu erhalten. Dabei ist allen
40 Beteiligten klar, dass die Förderung dauerhaft bewährte Projekte stützt.

1 Statt neuer Hürden sollte bei der Schaffung eines Demokratieförderungsgesetzes darauf geachtet
2 werden bürokratiearme Antragsstellung zu ermöglichen. Es braucht keine mehrfache
3 Gesinnungsprüfung und Bekenntnisse zur FDG, wenn bereits die Projekte und Initiativen
4 demokratiefördernd sind. Statt das ehrenamtliche Engagement von Bürger:innen unter
5 Generalverdacht zu stellen, sollten Projekte zum Mitmachen ermutigen. Voraussetzung dafür sind
6 nachvollziehbare Vorgaben für Qualitätskontrolle, Wirkungsevaluation und finanzielle Rechenschaft
7 durch die Gesetzgebung. Aber auch das darf nicht dazu führen, dass lokale Initiativen statt durch
8 bürokratische Antrags- und Abrechnungsarbeit in ihrer eigentlichen Aufgabe gehindert werden.

9 Eine wichtige Säule des Demokratieförderungsgesetzes ist der präventive Ansatz. Deshalb muss ein
10 solches Gesetz einen bildungspolitischen Schwerpunkt haben. Das Programm „Schule ohne
11 Rassismus – Schule mit Courage“ bietet hier schon einen guten Türöffner für die Arbeit. Dieses
12 Netzwerk muss ausgebaut werden. Gerade junge Menschen müssen sich in ihrer politischen
13 Entwicklung aktiv mit demokratischen Werten beschäftigen. Deshalb braucht es verstärkt einen
14 Dialog zwischen geförderten Initiativen, rassistisch Betroffenen und Schüler:innen.

15 Doch Demokratieförderung muss auch online gedacht werden. Gemeinsam mit den Ländern muss
16 der Bund attraktive und altersgerechte Medienbildungsangebote und unabhängige
17 Beratungsangebote für alle Menschen auflegen, ausbauen und vernetzen, die eine demokratische
18 Diskussionskultur im Netz fördern. Gleichzeitig muss der Staat sicherstellen, dass Initiativen vor
19 verbalen Hassattacken oder gar tätlichen Angriffen sowie politischer Kriminalisierung geschützt sind.

20 Das demokratische Miteinander in den Herzen und Köpfen aller ist das Rückgrat einer wehrhaften
21 Demokratie. Diese bestmöglich gegen demokratiefeindliche Bewegungen und Ansichten zu
22 verteidigen ist auch Aufgabe des Bundes.

G1

Freiwilligendienste stärken

AntragsstellerIn: Jusos UB Bielefeld

1

2 Jedes Jahr leisten Zehntausende, vor allem junge Menschen in Deutschland einen Freiwilligendienst
3 ab. Davon 57.000 einen „Jugendfreiwilligendienst“: Bspw. ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), oder ein
4 Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ), etwa 40.000 leisten einen Bundesfreiwilligendienst (BFD).

5 Aus vielen Einsatzbereichen, ob im Krankenhaus, Kindergarten, in Freizeiteinrichtungen,
6 Nationalparks oder beim Denkmalschutz sind diese Freiwilligen nicht mehr weg zu denken. Trotzdem
7 fehlt es an vielem: Freiwillige werden schlecht bezahlt, leisten oft mehr Arbeit als eigentlich erlaubt
8 und haben kaum Möglichkeiten, etwas an diesen Strukturen zu verändern.

9

10 Einheitlicher Freiwilligendienst:

11 Die drei großen Freiwilligendienste, FSJ, FÖJ und BFD, unterscheiden sich auf struktureller Ebene in
12 vielen Punkten, vor Ort arbeiten aber oft Freiwillige aus verschiedenen Diensten in den gleichen
13 Einsatzstellen.

14 FSJ und FÖJ sind sogenannte Jugendfreiwilligendienste und werden von den Ländern getragen.
15 Freiwillige in diesen Diensten dürfen höchstens 26 Jahre alt sein. Der BFD ist der jüngste
16 Freiwilligendienst und wird als Ersatz für den Zivildienst, seit die Wehrpflicht ausgesetzt ist, von der
17 Bundesrepublik angeboten, die nur in dieser Form einen Freiwilligendienst anbieten kann. Einen BFD
18 kann jede*r alle 5 Jahre leisten, es gibt keine Altersgrenze. In allen Diensten müssen die Freiwilligen
19 eine bestimmte Anzahl von Seminartagen belegen, diese finden meist in einer festen Gruppe statt.

20 Für Interessierte und auch für Freiwillige sind die Unterschiede zwischen den Diensten auf den ersten
21 Blick nicht zu erkennen. Erst in den Einsatzstellen treten diese in Form von verschiedenen Seminaren,
22 Mitbestimmungssystemen und Bezahlung auf.

23 Längerfristig muss es das Ziel sein, die Freiwilligendienste zu vereinheitlichen. Dabei sollte es sowohl
24 Angebote für Jugendliche als auch für ältere Erwachsene geben. In der Zwischenzeit braucht es
25 bessere Informationen zu den Diensten. Idealerweise in Form einer Internetseite, auf der
26 Informationen zu allen Einsatzstellen, Diensten und Bewerbungsverfahren abrufbar sind.

27 Bezahlung:

28 Die Bezahlung der Freiwilligen, das sogenannte Taschengeld, wird von den

29 Einsatzstellen übernommen und von Ländern/dem Bund subventioniert. Das Taschengeld ist auf 6%
30 der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung gedeckelt, aktuell also auf 426€ pro Monat.
31 Einsatzstellen können darüber hinaus

32 z.B. Wohn- oder Pflegegeld zahlen. Die meisten Freiwilligen verdienen aber deutlich unter
33 400€. Wenn vom Taschengeld neben Pflegegeld auch noch Miete und Bahnticket finanziert werden
34 sollen, dann kommen viele Freiwillige in Schwierigkeiten.

35 Für uns ist klar: einen Freiwilligendienst, auch außerhalb der Heimatstadt muss jede*r leisten
36 können. Ob jemand einen Freiwilligendienst leisten kann, darf nicht davon abhängen, ob die Eltern
37 die Miete zahlen oder noch ein Nebenjob angenommen werden kann.

- 1 Das Taschengeld für Freiwillige muss auf das Niveau einer Grundsicherung erhöht werden. Außerdem
2 müssen Freiwillige die Möglichkeit haben, kostenlos oder zumindest kostengünstig den ÖPNV zu
3 nutzen.
- 4 Mitbestimmung der Freiwilligen:
- 5 Sowohl im FSJ/FÖJ als auch im BFD gibt es eine gesetzlich vorgeschriebene Vertretung für die
6 Freiwilligen. Dies funktioniert unterschiedlich gut:
- 7 Die Jugendfreiwilligendienste haben eine hierarchische Vertretungsstruktur ähnlich derer von
8 Schüler*innenvertretungen (in den Seminargruppen werden
- 9 Sprecher*innen gewählt, diese wählen wiederum Landessprecher*innen und im FÖJ auch
10 Bundessprecher*innen).
- 11 Dagegen findet die Wahl der BFD-Sprecher*innen jedes Jahr als Online-Wahl statt. Interessierte für
12 das Amt können sich auf einer Website registrieren, einen Steckbrief erstellen und sich vorstellen.
13 Wer an der Wahl teilnehmen will, muss sich registrieren, erhält eine Zugangsbestätigung und darf 4
14 Wochen später wählen.
- 15 Die Wahlbeteiligung ist diesem System entsprechend und lag im vergangenen Jahr bei unter 1%.
- 16 Freiwillige wissen selbst am besten, wo die Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten in ihren
17 Diensten liegen. Um Freiwilligendienste konkret zu verbessern, braucht es die Mitbestimmung von
18 Freiwilligen. Dass diese, wie im Bundesfreiwilligendienst, offensichtlich nicht erwünscht ist, ist nicht
19 tragbar. Auch im Bundesfreiwilligendienst muss ein Delegiertenprinzip eingeführt werden, so wie es
20 von den anderen Jugendfreiwilligendiensten vorgemacht wird.

1

2 Im Sommer 2020 hat Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer einen neuen
3 Freiwilligendienst in der Bundeswehr vorgestellt, der zum 6. April 2021 mit 325 Freiwilligen startete.
4 Im als „Dein Jahr für Deutschland“ beworbenen „Freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz“, sollen
5 Freiwillige für den Katastrophenschutz in Deutschland ausgebildet werden.

6 Freiwillige werden soldatisch ausgebildet, durchlaufen also zunächst die reguläre Grundausbildung
7 und werden dann zu Sicherheitssoldat*innen weitergebildet. Danach gehören sie für 6 Jahre zur
8 Territorialen Reserve und leisten insgesamt 5 Monate Dienst bei Übungen und Einsätzen z.B. bei
9 Naturkatastrophen ab. Im Unterschied zum regulären Freiwilligen Wehrdienst werden Freiwillige
10 nicht für den Auslandseinsatz ausgebildet, sondern nur für den Dienst in der eigenen Region. Ein
11 Übergang in andere Dienstformen oder in eine Offizierskarriere ist aber möglich.

12 Die Bundeswehr ist eine Verteidigungsarmee, Einsätze im Inland sind nicht vorgesehen. Auch
13 Katastrophenschutz oder aktuelle Einsätze in Impf- und Testzentren sollen nur dann von
14 Soldat*innen unterstützt werden, wenn die Arbeit nicht allein von zivilen Organisationen getragen
15 werden kann.

16 Die Schlussfolgerung aus einem Mangel an zivilen Helfer*innen darf nicht sein, dass die Bundeswehr
17 Aufgaben im Inland übernimmt. Es braucht im Gegenteil eine Stärkung von zivilen Einrichtungen im
18 Katastrophenschutz.

19 Solche Einrichtungen, wie zum Beispiel das THW, werden von Freiwilligendienstleistenden und
20 Ehrenamtlichen getragen. Die Bundeswehr bietet als Einsatzstelle für Freiwillige deutliche finanzielle
21 Vorteile gegenüber zivilen Organisationen, so liegt beispielsweise die Besoldung von Freiwilligen
22 Wehrdienstleistenden bei 1.400€ im Monat, während das Taschengeld eines*r Bundesfreiwilligen auf
23 414€ monatlich gedeckelt ist.

24 Damit hat die Bundeswehr deutliche Marktvorteile gegenüber zivilen Einrichtungen.

25

26 Wir fordern:

27 • Die Ausbildung von Katastrophenschützer*innen muss von zivilen Organisationen getragen
28 werden. Der Staat muss solche Organisationen (z.B. THW) finanziell unterstützen, damit Freiwillige
29 gut ausgebildet und bezahlt werden.

30 • Die Marktvorteile der Bundeswehr müssen vom Staat ausgeglichen werden. Freiwillige in
31 zivilen Einrichtungen müssen endlich besser bezahlt und anerkannt werden.

32 • Außerdem muss die Arbeit von ehrenamtlichen Helfer*innen besser anerkannt werden.

33 Deutschland braucht keinen neuen Schnupperkurs für die Bundeswehr. Erst recht nicht unter dem
34 Vorwand, für besseren Katastrophenschutz sorgen zu wollen. Stattdessen müssen zivile
35 Einrichtungen so gut ausgestattet werden, dass die Bundeswehr erst gar nicht im Inland bei Einsätzen
36 unterstützen muss.

G3**Wider der Fortsetzung politischer Rhetorik – Für eine wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik!**

AntragsstellerIn: Jusos UB Bielefeld

1

2 Die Regionalkonferenz möge beschließen:

3 Seit 1949 gab es lediglich eine Legislaturperiode, in der das Bundesministerium des Innern von
4 Sozialdemokrat*innen geführt wurde. Innenpolitik ist seit jeher ein Politikfeld, welches von der
5 CDU/CSU kontrolliert wird, es ist an der Zeit dies zu ändern!

6 Insbesondere die Kriminalpolitik hat in den letzten Jahrzehnten unter der Dominanz konservativer
7 Blickwinkel gelitten. In den 1960er und 1970er Jahren sprachen konservative Politiker von einer
8 „Drogenepidemie“, der man den „Kampf“ ansagen müsse und in den 1980er bzw. 1990er Jahren von
9 steigender Jugendkriminalität der man mit „entschiedener Härte“ entgegentreten müsse. In den
10 2000er Jahren wurden Gesetzesverschärfungen und -ausweitungen, sowie die Herabsetzung der
11 Strafbarkeitsgrenze gefordert. Auch wurde die Vorverlagerung der Strafbarkeit forciert und die
12 Terrorismusbekämpfung verschärft. Seit den 2010er Jahren und bis heute fordern Konservative die
13 Ausweitung der Anwendung von Staatstrojanern, mehr Videoüberwachung und immer weiter
14 ausufernde Kompetenzen für die Polizei. Nicht zuletzt ist hier der neu geschaffene §114 StGB zu
15 erwähnen, der Polizist*innen im Dienst vor tätlichen Angriffen schützen soll, aber offensichtlich Täter
16 und Opferrolle in sein Gegenteil verkehrt. Und auch jetzt verstecken sich CDU und CSU vor den
17 drängenden kriminalpolitischen Problemen unserer Zeit und blockieren jede Debatte: Sie
18 dementieren grundsätzlich die zunehmende, rechtswidrige Polizeigewalt, sowie den
19 Rechtsextremismus in der Polizei. Sie geben sich der Lächerlichkeit Preis, indem wissenschaftliche
20 Untersuchung zu „racial profiling“ mit dem Argument abgelehnt werden, diese „seien gesetzlich
21 verboten“. Damit führen CDU und CSU den sicherheitspolitischen Diskurse ad absurdum. Dabei ist
22 die von konservativ geführte Innenpolitik von Ideenlosigkeit geprägt. Dies wird nicht zuletzt durch
23 den seit Jahrzehnten aus konservativen Kreisen, in ermüdender Regelmäßigkeit paraphrasierten
24 sinnbefreiten Slogan „Null-Toleranz“ deutlich.

25 Konservative Innenpolitik ist die Summe kriminalpolitischer Fehlentwicklungen, die dringend eines
26 sozialdemokratischen Korrektivs bedarf.

27

28 Daher fordern wir:

29 Eine sachliche und evidenzbasierte Kriminalpolitik

30 In der Kriminalpolitik ist evidenzbasiertes Handeln besonders wichtig. Staatliche Reaktionen können
31 tiefgreifende Grundrechtsverletzungen darstellen und bedürfen daher guter Begründung. Dabei
32 muss der Staat gewonnene, wissenschaftliche Erkenntnisse beachten und sich nicht von
33 episodenhaften, medial aufgeheizten Stimmungsbildern leiten lassen.

34 Auch müssen relevante Kriminalitätsbereiche stetig erforscht werden. Zum einen muss die
35 Kriminalwissenschaft daher mit ausreichend Ressourcen ausgestattet werden, zum anderen darf es
36 keine Bereiche geben, die der Wissenschaft aus fragwürdigen Gründen verschlossen bleiben. Wir

1 begrüßen daher, dass die TU-Berlin mit einer Studie zum strukturellen Rassismus innerhalb der
2 Berliner Polizei beauftragt wurde und fordern weitere Studien zu Rassismus und
3 Diskriminierungsmechanismen innerhalb der Polizei.

4 Zentral ist, dass sich die Ausrichtung sicherheitspolitischer Entscheidungen stets an der objektiven
5 Sicherheitslage und aktuellen wissenschaftlichen Befunden orientiert.

6 Prävention und Repression

7 Die beste Kriminalpolitik ist eine gute Sozialpolitik. Daher gilt es gerade auch die Ursachen und nicht
8 nur die Symptome von Kriminalität anzugehen. Für die Jugendkriminalität bedeutet dies
9 anzuerkennen, dass Jugenddelinquenz kein Indiz für ein erzieherisches Defizit sein muss, sondern
10 eine entwicklungsbedingte Auffälligkeit sein kann, die mit dem Eintritt in das Erwachsenenalter
11 abklingt. Nicht selten ist sie auch Resultat von Stigmatisierung und Etikettierung, beispielsweise
12 durch Institutionen und Autoritäten, mit der Jugendliche aus bestimmten sozialen Milieus oder
13 migrantischer Wurzeln aufwachsen. Im Hinblick auf polizeiliche Repressionen ist hier überwiegend
14 „nichts tun, besser als etwas tun“. Ein Zusammentreffen der Jugendlichen mit Polizei oder Justiz
15 erhöht eher noch das Risiko, dass die Bindung an einen delinquenten Freundeskreis verstärkt wird.
16 Auch sogenannte jugendliche Intensivtäter benötigen alles andere als die „volle Härte des Gesetzes“.
17 Eine vermehrte Anzahl von Straftaten im jugendlichen Alter ist Ausdruck erheblicher
18 Entwicklungsprobleme, die häufig im Zusammenhang mit dem schwierigen sozialen Umfeld des
19 jungen Menschen stehen. Hier spielt unter anderem die Jugendhilfe eine zentrale Rolle. Wichtig ist
20 ihre Eigenständigkeit und Leistungsfähigkeit zu erhalten und auszubauen. Auch in anderen Bereichen
21 ist es von besonderer Bedeutung, soziale Hilfen und Präventionsprogramme zu fördern: Menschen
22 mit multiplen Suchtproblematiken, die in vermeintlicher Ausweglosigkeit Straftaten begehen,
23 benötigen Hilfe, keine Repression (Dabei ist natürlich die Schwere der Straftat miteinzubeziehen).
24 Hier muss die Suchtberatung gestärkt und frühzeitige Hilfen flächendeckend ermöglicht werden.
25 Ebenso gilt dies für Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen, die für sich und für die Menschen
26 in ihrer Umgebung eine Gefahr darstellen. Der Bedarf an ambulanten und stationären
27 psychologischen Therapieplätzen ist groß, daher muss das Angebot hier deutlich ausgebaut werden.

28 Nur auf Gesetzesverschärfungen und auf eine „Null-Toleranz-Linie“ zu setzen, ist dagegen ein
29 Zeichen von Ignoranz und Desinteresse gegenüber den Menschen mit multikomplexen,
30 kriminogenen Problemen.

31 Je stärker die sozialen Einrichtungen in allen Bereichen gefördert werden, desto spürbarer wird eine
32 Entlastung der Polizeikräfte eintreten. Dementsprechend müssen die präventive Infrastruktur, sowie
33 die betroffenen Berufsgruppen dahingehend gestärkt und unterstützt werden, dass elementaren und
34 strukturellen Anliegen wie Personaldeckung, guter Bezahlung sowie der bedarfsorientierten
35 Ausstattung, Rechnung getragen wird.

36 Polizeiausbildung strukturell verändern

37 Polizeieinsätze sind in den letzten Jahren immer wieder Gegenstand öffentlicher Diskussionen
38 geworden: Rechtswidrige Polizeigewalt bei Einsätzen, sowie gruppenbezogene
39 Menschenfeindlichkeit innerhalb der Polizei wurde in den letzten Jahren vermehrt beobachtet.
40 Deshalb ist es unausweichlich, die Polizeiausbildung in Deutschland strukturell zu verändern.

41 Die Studienlage zeigt, dass junge Menschen, die zur Polizei gehen, überwiegend keine
42 menschenfeindlichen, rassistischen oder andere nicht mit dem Grundgesetz vereinbaren
43 Einstellungen teilen, jedoch nach dem ersten Praxissemester einen sogenannten „Praxischock“
44 erleben woraufhin sich im Anschluss persönliche, politische Einstellungen radikal ändern. Hier

1 werden Praxiserfahrungen von Ausbildern, die teils Jahrzehnte im Dienst sind, weitergegeben. Um
2 dem entgegenzuwirken, sollen zum einen die Ausbilder*innen nur für einen befristeten Zeitraum
3 Polizeianwärter*innen anlernen. Außerdem müssen diese im Rahmen eines Rotationsprinzips in
4 regelmäßigen Abständen Kontakt zu wechselnden Ausbilder*innen haben. Daneben sollte versucht
5 werden, den theoretischen Teil der Ausbildung an regulären Universitäten durchzuführen. So können
6 Polizeianwärter*innen während ihrer Ausbildung auch in Kontakt mit Studierenden anderer
7 Fachrichtungen kommen und der Abschottung durch externe Polizeikasernen kann entgegengewirkt
8 werden.

9 Des Weiteren bedarf es einer intensiven wissenschaftlichen Prüfung, wie dem Phänomen des
10 Praxisschocks in der praktischen Polizeiausbildung am besten begegnet werden kann. Fest steht nur,
11 dass die theoretische Ausbildung im Polizeistudium (Vorlesungen in der Kriminologie etc.) allein,
12 keinen nennenswerten Einfluss auf die Einstellungen ausüben kann. Hilfreich können jedoch
13 mehrjährige, interkulturelle Kompetenz- und Kommunikationstrainings sein, um angehende
14 Polizist*innen im Hinblick auf das Wissen um die Zusammenhänge von dienstlichen Begegnungen
15 und der Entstehung von Vorurteilen zu schulen. Eine Studie an der Fachhochschule für öffentliche
16 Verwaltung in NRW konnte für diese Art des Trainings einen signifikanten Rückgang von
17 gruppenbezogenen, menschenfeindlichen Einstellungen bei den Kommissaranwärter*innen während
18 des Kurses zeigen.

19 Ein weiterer zentraler Punkt sind befristete Verwendungszeiten an Dienststellen in Kontexten, in
20 denen mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit negativer Kontakterfahrungen mit ethnischen
21 Minderheiten zu rechnen ist. Hier muss auf eine zeitlich begrenzte Platzierung an den betroffenen
22 Dienststellen geachtet werden.

23 Bessere Kontrolle der Spezialeinheiten

24 Spezialeinheiten müssen kontrolliert und in ihrem Handeln und ihrer Struktur im Hinblick auf ihre
25 Verfassungskonformität besser überwacht werden. Bei der Manifestierung gruppenbezogener
26 Menschenfeindlichkeit im Corps gilt es, konsequent zu handeln und die betroffenen Beamt*innen
27 aus dem Beamt*innenverhältnis zu entlassen. Auch hier ist ein Rotationsprinzip sinnvoll.
28 Insbesondere Einheiten wie SEK oder MEK sollten spätestens nach fünf Jahren personell neu
29 strukturiert werden.

30 Militarisierung der Polizei stoppen

31 Es darf keine weitere Militarisierung der Polizei geben. Baretts und Panzerfahrzeuge erfüllen weder
32 einen inhaltlichen Zweck, noch haben sie eine sinnvolle und notwendige Funktion. Stattdessen
33 dienen sie lediglich der martialischen Abschreckung, das ist unpassend und unangemessen. Für die
34 von der DPoIG häufig angeführten Argumente, dieses Vorgehen ziehe Abschreckungseffekte nach
35 sich und stärke das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung gibt es keinerlei wissenschaftliche
36 Befunde.

37 Testweise Einführung eines Ticket-Systems

38 Wir wollen untersuchen und prüfen, inwieweit ein Ticket-System, Probleme wie „Racial Profiling“
39 und die vorurteilsbehaftete, erneute Kontrolle von Menschen aus marginalisierten Personengruppen
40 verhindern kann. Dazu möchten wir das Ticket-System testweise in NRW einführen und die
41 Effektivität der Maßnahme im Anschluss evaluieren.

42 Bei diesem System bekommt jede Person, nachdem sie von der Polizei kontrolliert wurde ein Ticket.
43 Dieses enthält Angaben zu Ort, Zeit, Datum, Grund und Umfang der Kontrolle. Keine Einführung von
44 Tasern

1 Ausdrücklich lehnen wir die Einführung und die Nutzung von Tasern im alltäglichen Polizeidienst ab.
2 Diese werden häufig als ungefährliche Alternative zum Pistoleneinsatz beworben, tatsächlich stellen
3 aber auch diese ein nicht unerhebliches Gesundheitsrisiko dar. Außerdem verleitet dieses
4 Zwangsinstrument aufgrund der niedrigeren Hemmschwelle zu häufigerem und
5 unverhältnismäßigem Gebrauch.

6 Abschaffung des sogenannten Vermummungsverbots

7 Das Vermummungsverbot dient häufig als polizeitaktisches Argument für die Auflösung von
8 friedlichen Versammlungen. Dies führt häufig zu einer unnötigen Eskalation friedlicher Proteste.
9 Angesichts dessen fordern wir die Aufhebung der Strafbarkeit des „Vermummens“. Stattdessen ist es
10 als Ordnungswidrigkeit einzustufen. An die Verhältnismäßigkeit polizeilicher Maßnahmen werden
11 damit höhere Anforderungen gestellt und ein Verwarngeld entspricht dem Vergehen als Bestrafung
12 auch unabhängig davon eher als eine Verurteilung.

13 Wiedereinführung der Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen

14 Um rechtswidrige Gewaltanwendungen durch Polizeibeamt*innen besser verfolgen zu können,
15 bedarf es der Wiedereinführung einer im Dienst jederzeit verpflichtend zu tragenden Kennzeichnung
16 für alle Polizeibeamt*innen, eingeschlossen derer, die im Rahmen der Amtshilfe eingesetzt werden.
17 Diese Kennzeichnung muss einerseits zum Schutz der Persönlichkeitsrechte der Polizeibeamt*innen
18 und andererseits zur besseren Verfolgbarkeit durch eine einfach zu merkende Zahlen- bzw.
19 Buchstabenkombination erfolgen.

20 Einführung unabhängiger Kontrollinstanzen

21 Es gehört zu den Aufgaben der Polizei bei gewissen Dienstaufübungen unmittelbaren Zwang
22 anzuwenden. Dabei wird die Grenze zwischen rechtmäßigem polizeilichem Handeln und
23 unverhältnismäßigem Gewalteinsatz teilweise überschritten. Insbesondere in den letzten Jahren ist
24 der ernstzunehmende Eindruck in der Gesellschaft entstanden, dass die Anzahl rechtswidriger
25 Gewaltanwendung durch die Polizei zugenommen hat. Es ist dringend erforderlich dies weiter durch
26 die Kriminalwissenschaft untersuchen zu lassen.

27 Gleichzeitig müssen die rechtlichen Möglichkeiten der Bürger*innen sich gegen rechtswidrige
28 polizeiliche Maßnahmen zur Wehr zu setzen unbedingt gestärkt werden, denn die Fälle der
29 Körperverletzung im Amt weisen eine besorgniserregende justizielle Erledigungsstruktur auf. In über
30 90% der Fälle wird das Verfahren eingestellt. Weniger als 2% der eingeleiteten Verfahren enden mit
31 einem Strafbefehlsantrag oder einer Anklage. Demgegenüber liegt die bundesweite Anklagequote für
32 Körperverletzung um das zehnfache höher. Namenhafte Kriminologen sprechen hier sogar von einem
33 „Graubereich“ der justiziellen Strafverfolgung.

34 Zentraler Aspekt ist hier die schnelle Einführung landesweiter Polizeibeauftragten, vergleichbar mit
35 dem Vorbild des Wehrbeauftragten. Diese sollen nicht, wie in NRW beim Innenministerium
36 angesiedelt, sondern allein dem Parlament gegenüber verpflichtet und damit unabhängig sein.
37 Zudem ist es von essenzieller Bedeutung, diese Stellen mit genügen Personal und Ressourcen
38 auszustatten.

39 Hier können alle Bürger*innen, die Opfer von rechtswidriger Gewalt geworden sind, aber auch
40 Polizist*innen selbst anonym, Beschwerde einreichen.

41 Dies allein reicht jedoch nicht aus. In Deutschland führt die Staatsanwaltschaft die
42 Ermittlungsverfahren gegen potenzielle Straftäter*innen innerhalb der Polizei. Zur Ermittlung des
43 Sachverhalts muss sie sich der Polizeibeamt*innen selbst als Ermittlungspersonen bedienen. Dies

1 führt zum einen dazu, dass Polizist*innen gegen ihre eigenen Kolleg*innen ermitteln müssen und
2 zum anderen zeichnet sich dadurch eine mögliche Konfliktquelle zwischen Staatsanwaltschaft und
3 Polizei ab, da die Staatsanwaltschaft auf ihre Ermittlungsbeamt*innen auch in allen anderen Fällen
4 angewiesen ist. Ermittlungsverfahren gegen ihre eigenen Ermittlungspersonen können das Verhältnis
5 zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei beschädigt, was eine effektiven Strafverfolgung zusätzlich
6 erschwert. Außerdem könnte die Staatsanwaltschaft dadurch geneigt sein, Ermittlungsverfahren
7 gegen Polizeibeamt*innen eher einzustellen, um eine intakte Kooperation nicht zu beeinträchtigen.
8 Um diese „Zwitter“-Stellung aufzulösen, bedarf es einer unabhängigen Kontrollinstanz, die ihre
9 eigenen Ermittlungsbeamt*innen hat. Dänemark geht seit 2012 mit gutem Beispiel voran: Die
10 Polizeibeschwerdebehörde in Aarhus hat 34 Ermittler*innen, mit einem Jahresbudget von 2,8 Mio.
11 Euro, für gerade einmal 11.000 Polizist*innen. Zum Vergleich: In NRW hat der
12 Landespolizeibeauftragte gerade einmal zwei Mitarbeitende und ein Jahresbudget von 150.000 Euro
13 für rund 54.000 Polizeibeschäftigte.

14 Mit ihren weitreichenden Kompetenzen ist die dänische Polizeibeschwerdestelle vollständig
15 unabhängig und stärkt so das Vertrauen der Gesellschaft in polizeiliche Arbeit. Und entgegen
16 populistischen Argumente aus den Kreisen mancher Polizeigewerkschaften, solche Institutionen
17 seien reine „Misstrauensorganisationen“, genießt die dänische Behörde auch in den Reihen der
18 eigenen Polizei Ansehen. In Fällen polizeilichen Fehlverhaltens müssen Polizeibehörden in Dänemark
19 nun keine eigenen Beamt*innen mehr zur Ermittlung interner Angelegenheiten abstellen, was
20 einerseits das Arbeitsklima in der Behörde stärkt und andererseits benötigtes Personal nicht länger
21 bindet.

22

23 Zusammenfassend fordern wir:

- 24 • Eine sachliche und evidenzbasierte Kriminalpolitik
- 25 • Förderung kriminalwissenschaftlicher Untersuchungen
- 26 • Förderung von Präventionsprogrammen und Ausbau ambulanter Hilfemaßnahmen
- 27 • Ein Ende ewiger „Null-Toleranz“-Rhetorik und ein kollektives Bewusstsein in der Innenpolitik
28 für die Ursachen kriminogener Phänomene.
- 29 • Eine Umstrukturierung der Polizeiausbildung
- 30 • Stärkere Kontrolle der polizeilichen Spezialeinheiten
- 31 • Keine Militarisierung der Polizei!
- 32 • Eine testweise Einführung eines sogenannten Ticket-Systems
- 33 • Keine Einführung von Tasern
- 34 • Die Abschaffung des sogenannten Vermummungsverbots
- 35 • Die Wiedereinführung der Kennzeichnungspflicht
- 36 • Die Einführung landesweiter nur dem Parlament verpflichteten Polizeibeauftragten
- 37 • Eine vollständig unabhängige Polizeibeschwerdebehörde nach dänischem Vorbild

1

2 Wir fordern, dass Spiele auf jeder Plattform, egal wo sie gekauft wurden, egal auf wie 9 vielen
3 Plattformen das Spiel aktiviert wurde, spielbar sein müssen. Mit Plattformen sind hierbei
4 Spieleanbieter wie Steam, Valve, Origin usw. gemeint, nicht aber die physischen Plattformen Xbox,
5 Playstation oder PC. Es soll der Grundsatz gelten, dass ein Spiel nur einmalig gekauft werden muss
6 und sich die Verbraucher*innen die Plattform dann aussuchen dürfen. (Play-Everywhere-Recht)
7 Dabei gilt es zu beachten, dass dies auch für kostenlos erhaltene Spiele gelten soll, ebenso für Spiele,
8 die exklusiv auf einer Plattform erscheinen. Die Anbieter von Spieleplattformen sollen verpflichtet
9 werden einfache und auffindbare Instrumente anzubieten, mit denen Spiele auf andere Plattformen
10 übertragen werden können, ohne dass die Verbraucher*innen ihr Spiel auf der Plattform verlieren,
11 wo sie es gekauft haben.

12 Die Gamingbranche hat sich in den letzten Jahren massiv gewandelt. Früher wurden Games noch im
13 Einzelhandel gekauft, dies hatte viele Vorteile für die Verbraucher*innen, sie konnten die Spiele
14 teilweise mehrmalig aktivieren, doch vor allem waren sie immer im Besitz des Spiels. Durch die
15 Digitalisierung, die dazu geführt hat, dass Spiele fast nur noch ausschließlich digital erworben
16 werden, wurden die Besitzverhältnisse auf den Kopf gestellt. Wenn man sich heute ein Spiel kauft,
17 dann bindet man sich gleichzeitig damit an den Shop, wo man es gekauft hat. Man wird gezwungen
18 die bestehenden Verhältnisse auf ewig zu akzeptieren. Brisanter wird diese Entwicklung dadurch,
19 dass jeder Entwickler inzwischen einen eigenen Shop, eine eigene Plattform, anbietet. Das heißt die
20 Spieler*innen installieren sich heutzutage einfach nicht mehr nur das Spiel, sondern dazu auch noch
21 teilweise 6 verschiedene Plattformen, nur um ihr erworbenes Spiel tatsächlich auch zu nutzen. Es
22 kommt sogar vor, dass Spieler*innen Spiele mehrmals kaufen, nur damit sie das Spiel auch auf einer
23 anderen Plattform nutzen können. Diese Geißelung der Verbraucher*innen muss enden! Die
24 Verbraucher*innen müssen entscheiden, wo sie ihr Spiel spielen, sie sollen nicht gezwungen werden
25 an 36 einen Anbieter gebunden zu sein. Als Verbraucher*innen gehört uns das Spiel, die Gaming-
26 Giganten sollen das akzeptieren!

1

2 Problem

3 Frauen erleben immer noch alltäglich nicht körperliche sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum.
4 Dies erfolgt durch anzügliche Kommentare, Pfiffe, Hupen etc., zusammengefasst unter dem Begriff
5 „Catcalling“. Einen Schutz gegen diese Form von Belästigung bietet der Gesetzgeber bis jetzt nicht.

6 Rein verbale, sexistisch konnotierte Äußerungen werden über Delikte wie sexuelle Nötigung,
7 sexueller Übergriff, Vergewaltigung, Bedrohung, Nachstellung, Exhibitionismus und sexuelle
8 Belästigung im Strafgesetzbuch nicht erfasst. Die bisherigen Sexualdelikte knüpfen als
9 entscheidendes Kriterium alle am körperlichen Kontakt an. Auch der Straftatbestand der Beleidigung
10 wird in den meisten Fällen des Catcallings nicht erfüllt, da eine Herabsetzung der Betroffenen im
11 Sinne des Gesetzes in den meisten Fällen ausbleibt.

12 Auch im Bereich der Ordnungswidrigkeiten findet sich keine Vorschrift, die ein solches Verhalten mit
13 Bußgeld bedroht.

14 Eine solche Lücke ist nicht hinnehmbar. Ein Staat, der nicht verhindert, dass Frauen auf offener
15 Straße belästigt werden, kommt seiner Funktion die öffentliche Ordnung zu sichern, nicht zu Genüge
16 nach. Der bisherige stiefmütterliche Umgang mit diesem Thema, ist Ausdruck dafür wie selten es
17 aufgrund von mangelnder Repräsentanz, sowie Mut- und Ideenlosigkeit gelingt die vorhanden
18 feministischen Bestrebungen in echte Realpolitik umzusetzen. Diese Lücke gilt es schnellstmöglich zu
19 füllen. Es ist unsere Pflicht als Jusos „Catcalling“ nicht nur aufs Schärfste zu verurteilen, sondern es
20 auch effektiv zu bekämpfen. Dazu soll dieser Antrag beitragen.

21 Einordnung

22 Zunächst gilt es die grundsätzliche Frage zu klären, wie Catcalling innerhalb des deutschen
23 Rechtssystems einzufügen ist. Dabei wird zwischen Ordnungswidrigkeiten und Straftaten
24 unterschieden. Diese unterscheiden sich in ihrem Unrechtscharakter und in der Form der Bestrafung.
25 Während Ordnungswidrigkeiten mit Bußgeldern bestraft werden, können Straftaten auch zu
26 Gefängnisstrafen führen. Zudem unterscheiden sich die Zuständigkeiten und das Verfahren. Wegen
27 einer Ordnungswidrigkeit wird man gewöhnlich nicht verurteilt und ist in keinem Fall danach
28 vorbestraft.

29 Catcalling ist nicht mit dem Anstandsgefühl einer modernen und gleichberechtigten Gesellschaft
30 vereinbar. Es widerspricht ihrer grundsätzlichen Regel, Belästigung der Mitmenschen im Rahmen der
31 eignen Freiheitsausübung zu unterlassen. Es kann nachweislich zu körperlichen und emotionalen
32 Schäden bei den Betroffenen, bis hin zu Muskelverspannungen, Atembeschwerden, Schwindel und
33 Übelkeit sowie starker Angst führen. Darüber hinaus fördert es Körperüberwachung und
34 Selbstobjektivierung und es kann sogar zu einer Einschränkung der Mobilität von Betroffenen
35 beitragen. Es vermindert nicht nur das Gefühl der Sicherheit und des Komforts der Betroffenen an
36 öffentlichen Orten, sondern schränkt auch ihre Bewegungsfreiheit ein und nimmt ihnen die Freiheit
37 und Sicherheit im öffentlichen Raum. Betroffene Frauen beurteilen ihre Umgebung, schränken die
38 Wahl der Kleidung ein, entscheiden sich für Bewegung im Haus und meiden bestimmte
39 Nachbarschaften oder Wege als proaktive Maßnahmen, um das Risiko, belästigt zu werden, zu

1 verringern. Insgesamt führt Catcalling als gesellschaftliches Phänomen somit zu einer teilweise
2 massiven Einschränkung der Lebensqualität der Betroffenen.

3 All diesen Folgen, bleibt jedoch gemein, dass sie mittelbar und nicht auf die einzelne Tat
4 zurückführbar bleiben. Der unmittelbare Schaden und die Sozialschädlichkeit des Verhaltens des
5 Einzeltäters bleiben dagegen, hinter denen der sonstigen Sexualdelikte weit zurück. Eine Einordnung
6 des „Catcalling“ als Straftatbestand, würde entweder die dogmatischen und letztendlich
7 verfassungsrechtlichen Ansprüche an ein Strafgesetz unterschreiten, oder ein Erheblichkeitskriterium
8 enthalten, welches die Durchschlagskraft des Gesetzes nicht unwesentlich einschränken würde.

9 Ein solches Erheblichkeitskriterium für nicht körperliche Angriffe hat die Rechtsprechung bereits zur
10 Beleidigung entwickelt, wonach der Täter durch seine Äußerung zum Ausdruck bringen muss, das
11 Opfer würde einen seine Ehre mindernden Mangel aufweisen. Dies ist bei den meisten Formen des
12 Catcalling schlicht nicht gegeben. Ein „Catcalling“ Paragraph im Strafgesetzbuch würde aber
13 demselben oder zumindest einem sehr ähnlichen Kriterium unterliegen.

14 „Catcalling“ als Straftat würde nicht umfassend zu einer Verfolgung und Prävention all dessen, was
15 unter „Catcalling“ verstanden wird, beitragen. Ein echter Mehrwert zu den vorhandenen
16 Tatbeständen erscheint zweifelhaft. Ein Catcallinggesetz sollte aber aus unserer Sicht gerade dazu
17 dienen, sexuelle Belästigungen, denen noch nicht die sozialschädliche Wirkung einer Straftat
18 zukommt, Einhalt zu gebieten. Deswegen fordern wir, dass Ordnungswidrigkeitengesetz um einen
19 „Catcalling-Paragraphen“ zu ergänzen.

20 Der „Catcalling-Paragraph“

21 Der „Catcalling-Paragraph“ soll jede Geste oder Verhalten gegenüber einer anderen Person im
22 öffentlichen Raum umfassen, die dazu geeignet ist entweder die Würde des Gegenübers zu
23 untergraben oder eine einschüchternde, feindselige, bedrohliche, hasserfüllte, missbräuchliche,
24 abfällige oder verletzende Situation zu schaffen. Zu bestrafen ist die Ordnungswidrigkeit mit
25 mindestens 250 Euro und einem Höchstsatz von 1500 Euro Bußgeld. Im Falle der Wiederholung ist
26 die Mindesthöhe auf 500 Euro anzuheben.

27 Durch den Paragraphen erhalten Betroffene die Möglichkeit, entsprechendes Verhalten anzuzeigen
28 und dem Staat stehen endlich die bekannten ordnungsbehördlichen Mittel zur Verfügung, um gegen
29 diese Form der Belästigung vorzugehen. Die Verfolgung wird allerdings häufig aufgrund fehlender
30 Identifizierung der Täter*innen oder nicht hinreichender Beweislage scheitern. Der Beistand des
31 Staates für die Opfer darf und kann somit nicht mit Einführung des Paragraphen enden.

32 Wir fordern deswegen darüber hinaus:

33 1. Einen umfassenden Jahresbericht über die Auswirkungen des „Catcalling-Paragraphen“, aus
34 dem ersichtlich wird wo, wann und wie oft „Catcalling“ angezeigt wurde, wie viele Bußgeldbescheide
35 aufgrund dessen erteilt wurden und welche weitergehenden Maßnahmen geplant und durchgeführt
36 wurden, um Catcalling zu unterbinden.

37 2. Eine Strategie der Ordnungsbehörden, um Catcalling zu verhindern und eigeninitiativ zu
38 verfolgen. Diese muss einen höheren Präsenz von Ordnungsbehörden an Orten umfassen an denen
39 häufig Catcalling angezeigt wird und darüber hinaus zumindest in größeren Städten Streifen, die
40 schwerpunktmäßig nach Ordnungsverstößen bezogen auf den Catcalling Paragraphen Ausschau
41 halten.

42 3. Weitergehende staatliche Aufklärungsmaßnahmen wie Kampagnen etc., die über die Folgen
43 und die Bedeutung von Catcalling informieren.

U1

Keinen Zug zurücklassen!

AntragsstellerIn: Juso Regionalvorstand OWL

1

2 Wir Jusos Ostwestfalen-Lippe lehnen den Bau einer Trasse mit neuer Führung zwischen
3 Bielefeld und Hannover ab. Das Projekt hat ökologische, demokratische und juristische
4 Defizite. Stattdessen setzen wir uns für den bereits 2004 vom Bundestag beschlossenen
5 Ausbau der Bahntrasse zwischen Minden und Haste auf vier Spuren, sowie eine
6 Reaktivierung und Elektrifizierung einer alten Bahnstrecke zwischen Bad Oeynhausen und
7 Hameln und eine Ausweitung der „Nienburger-Strecke“ nach Bremen und Hamburg ein.

8 Das Projekt der Trasse umfasst den kompletten Güter- und Personenverkehr zwischen
9 Hamm und Hannover: Die Kreise Schaumburg, Minden-Lübbecke und Herford sind direkt
10 betroffen, alle anderen indirekt. Denn die Frage ob die Bahninfrastruktur sich vor allem auf
11 ICE-Verbindungen oder den Regionalverkehr fixiert ist für die gesamte Region Ostwestfalen-
12 Lippe von elementarer Wichtigkeit. Es ist das mit Abstand größte und kostenintensivste
13 Bauprojekt in der Region, welches je nach Planung und Ausbau verschiedener Strecken und
14 der Mehrbelastung zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen in der Taktung, Belastung und
15 Schwerpunktsetzung des Bahnverkehrs in ganz OWL führt.

16 Wir Jusos Ostwestfalen-Lippe sind der Auffassung, dass eine Erreichung der Klimaziele ohne
17 ein gut-ausgebautes Bahnnetz nicht möglich ist. Das bedeutet auch, dass Bahnstrecken
18 langfristig, nachhaltig und sinnvoll ausgebaut werden. Ein funktionierendes Streckennetz
19 funktioniert als Netz mit verschiedenen Ausstiegs- und Umstiegspunkten, die Möglichkeit
20 schnell an viele Ziele zu kommen, das macht das Bahnfahren attraktiv. Eine Neulegung der
21 Trasse führt zu weiterem losgelösten Nebeneinanderher und verliert die echte Anbindung der
22 Nutzer:innen aus dem Blick.

23

24 Das Bündnis Pro-Ausbau legt den Plan vor, dass an drei entscheidenden Streckenabschnitten
25 (Löhne-Elze, Minden-Nienburg, Minden-Seelze) ein Ausbau der vorhanden Infrastruktur
26 stattfindet. Als Konsequenz daraus folgt, dass Bahnverkehr, regional- und überregional
27 geschickt weiterentwickelt wird - und das für verschiedene Streckennutzer:innen. Der
28 regionale Nah-, der Güter- aber auch der Fernverkehr profitieren von einem Aus- statt einem
29 Neubau.

30 Wir setzen auf den Ausbau des Regionalverkehrs statt der Flugkompensationsstrecken.
31 Untersuchungen an der vergleichbaren Strecken wie „München-Berlin“ zeigen, dass die
32 Einsparungsquote von CO₂ im Flugverkehr marginal ist. Wir setzen auf den Regionalverkehr
33 und damit auf Einsparung im Pendelverkehr. Und deshalb stellen wir fest, dass nicht durch
34 den Bau von teuren Schnelltrassen, sondern durch den Ausbau bestehender und die
35 Reaktivierung alter Schienennetze mehr Wege mit der Bahn gefahren werden.

1 Wir befürworten ausdrücklich die Einhaltung des Deutschlandtaktes als Instrument um den
2 Bahnverkehr für alle zu vereinfachen. Aber ein Trassenneubau durch den Jakobsberg wird
3 diesen Deutschlandtakt nicht gerecht werden. Denn die Realisierung eines deutschlandweit
4 abgestimmten integralen Taktfahrplans muss bis spätestens 2030 umgesetzt werden, um
5 den Vorgaben des Klimaschutzgesetzes zu genügen. Alleine diese Vorgabe ist allerdings
6 illusorisch., wenn man sich einmal die demokratischen und vor allem ökologischen
7 Stolpersteine vor Augen führt, die dem Projekt im Wege liegen.

8 Dabei geht es nicht um den klassischen Not-In-My-Backyard-Politik, sondern wir schließen
9 uns den Überlegungen des Bigtab e.V. und Widuland an, die konkrete Alternativen
10 vorschlagen, die als Infrastrukturinitiativen den gleichen Mehrwert bieten.

11

12 Eine Neubautrasse wird in der Region von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung
13 abgelehnt. Aus diesem Grund haben sich die Stadträte der Städte Bückeburg, Minden und
14 Porta Westfalica, der Kreisrat des Landkreises Schaumburg sowie der Regionalrat der
15 Bezirksregierung Detmold 2016 in überparteilich getragenen Resolutionen zum
16 Bundesverkehrswegeplan dagegen ausgesprochen und stattdessen wie bereits 2002 den
17 trassennahen Ausbau der Bestandsstrecke gefordert. Auch die seit November 2017 in
18 Niedersachsen regierende Große Koalition aus SPD und CDU ist dem gefolgt und hat sich in
19 ihrem Regierungsprogramm auf den trassennahen Ausbau festgelegt.

20 Zu Recht wird sich in diesen Resolutionen auf einen Beschluss des Bundestages zum Ausbau
21 der bestehenden Trassenführung bezogen: 2004 hat sich der Deutsche Bundestag im damals
22 verabschiedeten Bundesschienenwegeausbaugesetz auf den ausschließlich trassennahen
23 Ausbau zwischen Minden und Haste festgelegt. Wäre dieser gesetzliche Auftrag von den
24 nachfolgenden Bundesverkehrsministern ausgeführt worden, so wären die beiden dringend
25 benötigten zusätzlichen Gleise zwischen Minden und Hannover bereits seit Jahren realisiert.
26 Stattdessen wurde bis heute keinerlei Vorplanung in Angriff genommen und noch nicht
27 einmal die für einen Planungsauftrag an die DB Netz AG erforderliche
28 Finanzierungsvereinbarung unterzeichnet. Wir sehen darin eine Verschleppung
29 demokratisch gefasster Beschlüsse durch ein CSU-geführtes Ministerium. Wir zweifeln auch
30 den bisherigen Beteiligungsprozess an, der zwar ein einheitliches Bild aus der Region gegen
31 den Ausbau hört, aber dieses in keiner Weise in den Überlegungen berücksichtigt.

32 Die zugehörigen Baumaßnahmen in unserer Region müssen unter Berücksichtigung des
33 Klimaschutzgesetzes durchgeführt werden. Gerade unter dem Gesichtspunkt der
34 Klimaneutralität bis spätestens 2045 wird durch das Großbauvorhaben nichts gewonnen: So
35 sind Tunnel durch Wesergebirge oder Jakobsberg sowie Zerstörungen von
36 Naturschutzgebieten (z.B. *Laubwälder südlich Seelze, Brummershop, Bückeburger*
37 *Niederungen, Schwatten Paul, Appenhäuser Bruch*) und andere schützenswerter
38 Landschaftsbereiche (z.B. *Trinkwassergewinnungsgebiet Huxhöhe, Schaumburger Wald*) zu
39 unterlassen. Wenn im Zuge des Deutschlandtaktes am Ende nur acht Minuten Zeitersparnis
40 entstehen, dann ist ein solcher Eingriff in die Natur nicht zu rechtfertigen.

1 Ein trassenferner Neubau würde einen vielfach höheren Flächenverbrauch erforderlich
2 machen als ein Ausbau der Bestandsstrecke um zwei zusätzliche Gleise. Neben den
3 ökologischen Folgewirkungen würde der Verlust an Grünland und landwirtschaftlich
4 nutzbarer Fläche die heimische Landwirtschaft massiv schädigen. Bereits jetzt haben
5 Naturschutzverbände wie zum Beispiel der Naturschutzverband Niedersachsen e.V. und der
6 Förderverein Bückeburger Niederung e.V. angekündigt, eine Neubautrasse zwischen
7 Bückeburg und Porta Westfalica auf Grund ihrer katastrophalen ökologischen Auswirkungen
8 für die Region mit allen zur Verfügung stehenden juristischen Mitteln aufzuhalten. Weitere
9 Klagen von betroffenen Kommunen und Grundstücksinhabern sind zu erwarten.

10 Durch eine Neubautrasse würden wertvolle Landschaften zerschnitten, Lebensräume
11 zerstört oder verinselt, Flächen als Lebensraum qualitativ vernichtet sowie ganze Ortsteile
12 von Schienen der alten und neuen Trasse eingekesselt (Scheie nördlich und südlich,
13 Hohnhorst von drei Seiten).

14 Die für die Neubautrasse erforderlichen Tiefbauarbeiten würden die wasserführenden
15 Schichten des vorhandenen Ton- und Gleyebodens durchstoßen und das Grundwasser in die
16 darunter liegenden Kiesschichten abfließen lassen. Dies hätte nicht nur für die Bückeburger
17 Niederung katastrophale Folgen, sondern auch auf die Landwirtschaft der gesamten Region.
18 Die Absenkung des Grundwasserspiegels hätte schwere ökologische Auswirkungen bis in den
19 Bereich des Schaumburger Walds zur Folge und würde im Bereich der Großgemeinde Evesen
20 zu Beschädigungen an der Wohnbebauung führen. Da der Mittellandkanal zwischen Minden
21 und Bückeburg nicht gedichtet ist, liegt sogar ein Grundbruch des Kanals im Bereich des
22 Möglichen.

23 Eine derartiges Großbauprojekt mit Tunnelplanungen durch den geologisch und hydrologisch
24 extrem schwierigen Untergrund unter Evesen sowie durch den von Bergwerksstollen
25 durchzogenen Jakobsberg wäre technisch, zeitlich und finanziell völlig unkalkulierbar. Durch
26 die militärische Nutzung des Jakobsberges zum Ende des zweiten Weltkrieges ist auch die
27 Tunnelarbeit nicht kalkulierbar. Ganz abgesehen von der möglichen Zerstörung von
28 historisch relevanten Orten rund um das KZ-Außenlager Porta Westfalica.

29 Und zu guter Letzt stehen im Zusammenhang mit dem Neubau der Schienentrasse
30 Enteignungsverfahren ins Haus, sowie Grundwertsminderungen, während nur im Falle eines
31 trassennahen Ausbaus die Anlieger der bisherigen Bahnlinie endlich Anspruch auf echten,
32 wirksamen Lärmschutz hätten.

33 Bahnfahren in OWL soll für die Bürger:innen eine echte Alternative zu anderen
34 Fortbewegungsmitteln darstellen, dies ist aber nur ökologisch und nachhaltig, wenn nicht
35 zuerst folgenschwer in die Natur eingegriffen wird. Wir unterstützen daher die 2004
36 beschlossenen Planungen, die das Streckennetz als Ganzes in den Blick nimmt - am
37 höchsten, schnellsten, weitesten für Wenige reicht uns nicht!

U2

Das Ende der Verbrennungsmotoren zeitlich klar benennen – 2030!

AntragsstellerIn: Jusos KV Gütersloh

1

2 Die Jusos bekennen sich zu dem Ziel, dass in Deutschland nach 2030 keine neuen Pkw mit fossilen
3 Verbrennungsmotoren mehr neu verkauft und zugelassen werden.

4

5 „In Zeiten von Dieselgate, konkreten Klimazielen, drohenden Fahrverboten, einer stärker werdenden
6 ausländischen Konkurrenz im Bereich der alternativen Antriebe und der Suche nach einer Vision für
7 die Mobilität der Zukunft scheint das Festhalten am Verbrennungsmotor eher rückwärtsgewandt.
8 Der Diesel ist ein zunehmend europäisches Phänomen. Auf den internationalen Absatzmärkten ist
9 der Verbrennungsmotor hingegen auf dem Rückzug. Das wirft die Frage auf, ob sich Autohersteller
10 und Politik ihrer Verantwortung wirklich so bewusst sind.“ - Stefan Heimlich, Vorsitzender des
11 zweitgrößten Automobilclubs Auto Club Europa e.V. (ACE).1

12

13 In Deutschland verursacht der Verkehr rund ein Fünftel der Gesamt-Treibhausgasemissionen.2 Die
14 vom Verkehr verursachten Emissionen sind 28 Prozent höher als 1990.3

15 Damit Deutschland seinen Beitrag zum Pariser Klimaschutzabkommen gewährleisten kann, muss der
16 Verkehrssektor seine Emissionen drastisch reduzieren.4 Insgesamt steht der Verkehrssektor global
17 vor einem gewaltigen Umbruch, der schon im vollen Gange ist. Während sich einige Nachbarländer
18 bereits klar zum Ende des Verbrennungsmotors positioniert haben – auch durch die Verabschiedung
19 von Gesetzen – hängt Deutschland gewaltig hinterher. Ambitionierte Länder, wie Irland, Schweden
20 und Großbritannien möchten 2030 Verbrennungsmotoren verbieten.5 Überlegungen zum Ausstieg
21 aus dem Verbrennungsmotor in Deutschland sind nicht neu. Markus Söder sagte schon 2007, dass er
22 keine Neuzulassungen von Verbrennungsmotoren ab 2020 möchte. Vor einigen Monaten äußerte er
23 sich, dass 2035 ein gutes Datum sei.6 Eine von Greenpeace veröffentlichte Studie aus 2020 belegt,
24 dass eine Verkehrswende schnellstmöglich vollzogen werden muss, damit der Verkehrssektor in
25 Europa die Pariser Klimaziele einhält. Demnach dürfen ab dem Jahr 2028 keine weiteren
26 Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren mehr zugelassen werden.7

27

28 „Die Studie zeigt, dass wir viel schneller als bislang aus dem Verbrennungsmotor aussteigen und
29 gleichzeitig die Zahl der Autos insgesamt deutlich senken müssen, damit der Verkehr auf Klimakurs
30 kommt.“ - Benjamin Stephan.8

31

32 Ein weiteres Schweigen der deutschen Politik setzt tausende Arbeitsplätze aufs Spiel! Ein
33 Ausstiegsdatum schafft hingegen Sicherheit und Klarheit für die Industrie. Die deutsche
34 Automobilindustrie hat in der Vergangenheit fahrlässig gehandelt und die Abkehr von den
35 Verbrennungsmotoren verschlafen. Diese kurzfristigen Gewinne hatten zur Folge, dass die deutsche
36 Autoindustrie in den wichtigen Trends hinterherhinkt. Hersteller aus den USA und China haben
37 aktuell einen technischen Vorsprung.9

1 Das Festhalten am Verbrennungsmotor ergibt aufgrund der geplanten Verbote in anderen Ländern
2 sowie das Fortschreiten des Klimawandels keinen Sinn und ist fatal. Neue Untersuchungen von
3 Greenpeace belegen, dass die deutsche Automobilindustrie den Umbruch noch nicht ausreichend
4 unterstützt. Demnach soll Volkswagen den Verkauf seiner E-Autos nicht genug fördern, weshalb die
5 Händler*innen eher vom Kauf eines E-Autos abraten.¹⁰ Die Politik ist gefragt, den Wandel in der
6 Automobilindustrie zu fördern und klar einzufordern! Ein weiteres Schweigen und Aussitzen
7 gefährdet nicht nur das Klima und die Umwelt, sondern auch den Wirtschaftsstandort Deutschland.

8

9 „Ein Neuzulassungsverbot für Autos mit Verbrennungsmotor ab 2030 hält Knie für notwendig – die
10 Autoindustrie, sagt er, brauche "einen engen Handlungsrahmen", an dem sie sich "entlanghangeln"
11 könne. Selbst in der Ifo-Studie geht man davon aus, dass eine solche Vorgabe "den Handlungsbedarf
12 der deutschen Autobauer zweifelsohne erhöhen" würde. Für Knie steht fest: "Wenn jetzt nicht
13 gehandelt wird und das Auto der Zukunft nur noch in anderen Ländern gebaut wird, dann stehen
14 noch viel mehr von den 880.000 Arbeitsplätzen auf der Kippe." - Andreas Knie, Sozialwissenschaftler
15 und Mobilitätsforscher.¹¹

16 ⁴

⁴ <https://presse.ace.de/pressemitteilungen/presse-detail/news/neue-bundesregierung-darf-chance-fuer-verkehrswende-nicht-verpassen/>

²<https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/nachhaltige-mobilitaet>

³https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/eu_roadmap_media_report_v3.4_de_web.pdf S.2

⁴https://www.stiftung-mercator.de/media/downloads/3_Publikationen/2019/2019_12/31_CO2_Budget_Zusammenfassung_DE_WEB.pdf

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/klimaschutz-im-verkehr-neuer-handlungsbedarf-nach>
https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2020/10/FFF-Bericht_Ambition2035_Endbericht_final_20201011-v.3.pdf

⁵<https://www.bundestag.de/resource/blob/651454/e949b6b43bd9b5ac738510e556e611e6/WD-8-048-19-pdf-data.pdf>

<https://www.ft.com/content/6c112691-fa2f-491a-85b2-b03fc2e38a30>

⁶<https://www.spiegel.de/spiegel/vorab/a-469671.html>

<https://www.tagesschau.de/inland/gruene-soeder-verbrennungsmotor-101.html>

⁷https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/eu_roadmap_media_report_v3.4_de_web.pdf

⁸<https://www.presseportal.de/pm/6343/4705331>

⁹<https://auto-institut.de/wp-content/uploads/2020/07/PM-AutomotiveINNOVATIONS-Awards-2020.pdf>
<https://www.businessinsider.de/wirtschaft/studie-die-deutschen-autobauer-sind-innovationsfuehrer-hinken-bei-wichtigen-zukunftstechnologien-aber-hinterher/>

¹⁰<https://www.businessinsider.de/wirtschaft/mobility/vw-warum-haendler-keine-e-autos-verkaufen-d/>

¹¹<https://www.klimareporter.de/verkehr/verbrenner-ohne-morgen-fuesse-als-corona-gewinner-und-die-kleine-strassensperrung>

1

2 Im Folgenden sollen mehrere Fördermöglichkeiten, mit denen nachhaltigerer Konsum finanziell oder
3 strukturell erleichtert wird, aufgezeigt werden:

4 **Die Verpackungskrise:**

5 Die Jusos setzen sich für Steuervorteile bei reinen Unverpackt-Läden ein und streben eine Verpflichtung
6 für Unverpackt-Abteilungen bei Supermärkten und Discountern an.

7 „Wenn wir es wegwerfen, ist es nicht weg – sondern zum Beispiel im Hals oder im Magen anderer Arten.“
8 - Craig Leeson, Regisseur von "A Plastic Ocean".1

9 Laut dem Umweltbundesamt steigt der Verbrauch von Verpackungen in Deutschland immer weiter an.
10 2018 erreichte dieser ein Rekordhoch von 18,9 Millionen Tonnen. Demnach produziert rechnerisch jede*r
11 Bürger*in 227,5 Kilogramm Verpackungsabfall.2

12 Unverpackt-Läden leisten schon heute einen enormen Beitrag, um den Verpackungsabfall zu verringern.
13 Dabei stehen Sie in starker Konkurrenz mit großen Lebensmittelketten und werden für ihren Einsatz nicht
14 entlohnt. Um den Verpackungsabfall zu verringern, sind Anreize erforderlich. Zudem müssen
15 Verbraucher*innen die Wahl haben, in jedem Supermarkt und Discounter ihren Konsum verändern zu
16 können.

17 „Verpackungen sollten vermieden werden, bevor sie überhaupt anfallen.“ - Dirk Messner, Chef des
18 Umweltbundesamts.3

19 Neben anderen Verpackungsmaterialien steht insbesondere Plastik in der Kritik. Plastik ist allgegenwärtig.
20 Wir finden Kunststoffteilchen in der Luft, in der Arktis, in unserer Zahnpasta, in den Mägen von Wildtieren
21 und in unseren Körpern. Selbst im Urin von Kleinkindern sind Rückstände nachweisbar. Solange wir nicht
22 Alternativen für Verbraucher*innen schaffen und die Plastikproduktion drosseln, ist kein Ende der
23 Plastikkrise in Sicht. Aktuell recycelt Deutschland rund 17 Prozent des Plastikabfalls. Der Rest wird
24 verbrannt oder ins Ausland – insbesondere in ärmere Länder ohne gute Recyclingsysteme – exportiert.
25 Dabei ist der Anteil des CO₂-Ausstoßes der weltweiten Kunststoffproduktion am Maximalbudget zur
26 Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels enorm und dennoch kaum bekannt.4

27 „Kunststoffe allein könnten zwischen zehn und 13 Prozent des gesamten Kohlenstoffbudgets
28 verbrauchen, das wir einhalten müssen, um die 1,5-Grad-Zielmarke zu erreichen.“5

29 Auch andere Verpackungsmaterialien müssen drastisch reduziert werden. Insbesondere in Zeiten des
30 Klimawandels können wir es nicht zulassen, dass immer mehr Bäume für Pappe gefällt werden.6

31 Die gute Nachricht ist, dass ein Leben ohne Müll möglich ist. Das Ziel für Deutschland muss sein, so schnell
32 wie möglich Zero-Waste zu erreichen!

33 „Obwohl das Bewusstsein für die Umwelt- und Gesundheitsschäden durch Plastik wächst, erleben wir
34 einen Boom bei der Plastikproduktion. Dieser Trend wird auch in Zukunft anhalten, wenn die
35 Expansionspläne der Industrie – angetrieben von billigem „gefracktem“ Erdgas – nicht gestoppt
36 werden.“75

1

2 **Ein Recht auf Reparatur**

3 Die Jusos setzen sich für ein Recht auf Reparatur bei Elektrogeräten ein. Zudem sollen Reparaturen
4 steuerlich begünstigt und die Gewährleistungsfrist auf fünf Jahre erhöht werden. Außerdem wird im Zuge
5 der Kreislaufwirtschaft ein Modell wie "De Kringwinkel" aus Belgien angestrebt.

6 Jede*r Deutsche verursacht pro Jahr etwa 22,8 Kilogramm Elektroschrott. Das Problem ist, dass viele
7 Elektroaltgeräte gar nicht oder falsch, zum Beispiel im Hausmüll, entsorgt werden. In Deutschland gibt es
8 etwa 2400 Recyclinghöfe. Alles was dort landet, ist nach deutschem Recht Abfall und darf nicht verkauft
9 werden. Dabei könnte man einen Teil dieser Elektroaltgeräte weiter benutzen oder reparieren.¹

10 Laut dem Global E-Waste Monitor 2020 kamen im Jahr 2019 etwa 53,6 Millionen Tonnen Elektromüll
11 zusammen. Das ist ein Rekordwert, der in den letzten fünf Jahren um etwa 21 Prozent gestiegen ist. Die
12 Expert*innen gehen davon aus, dass im Jahr 2030 insgesamt 74 Millionen Tonnen neuer Elektroschrott
13 zustande kommen werden.² Zudem ist oft undurchsichtig, wo der Elektroschrott letztendlich landet.
14 Oftmals wird er illegal exportiert. 2011 erlangte die Elektronikschrottdponie in Agbogloshie in Ghana
15 Bekanntheit. Kai Löffelbein, ein deutscher Fotojournalist, war mit seiner Fotoreihe "Kids of Sodom" dafür
16 verantwortlich. Sie zeigt Kinder zwischen giftigen Dämpfen auf einem Schrottplatz beim Ausschlachten
17 von Elektroschrott aus Europa. Für das Bild "Unser Müll in Afrika" erhielt Löffelbein den Unicef-Foto-
18 Award 2011.³

19 In unserer aktuellen Wegwerfgesellschaft ist eine geringe Reparabilität von Produkten leider bewusst
20 vorgesehen. Unter Betrachtung der Tatsache, dass einige Ressourcen, insbesondere seltene Erden,
21 endlich sind, müssen wir einen besseren Umgang mit ihnen etablieren. Zudem darf man die Gesundheits-
22 und Umweltschäden, die ein Produkt auf seinem Lebensweg verursacht, nicht außer Acht lassen.

23 Von einer „Reparatur-Revolution“ würde auch die Wirtschaft profitieren. Laut einer Studie von 2016, die
24 von der Unternehmensberatung McKinsey miterstellt wurde, könnte die Wirtschaft bis 2030 jährlich um
25 0,3 Prozent schneller wachsen, wenn Rohstoffe möglichst lange genutzt werden.⁴ Die Studie "Reparieren
26 statt Wegwerfen" hat ermittelt, dass jeder einzelne Haushalt in Deutschland durch die Reparatur von
27 Elektrogeräten im Schnitt pro Jahr 8,1 Kilogramm Elektroschrott und 31,2 Kilogramm CO2 einsparen
28 könnte.⁵ Die Vorteile eines Rechts auf Reparatur hat das Europäische Parlament erkannt und mit
29 Mehrheit beschlossen, allerdings sah der Deutsche Petitionsausschuss 2018 bei einer Petition mit 108.000
30 Unterschriften keinen Bedarf für ein Recht auf Reparatur. ⁶

31 De Kringwinkel wird zu 40% vom belgischen Staat gefördert. De Kringwinkel holt Elektronikgeräte,
32 Kleidung, Fahrräder etc. ab. Diese werden im Anschluss repariert und verkauft. Dabei steht die
33 Ressourcenschonung an erster Stelle. 2018 verzeichnete De Kringwinkel 5500 Beschäftigte, 137
34 Geschäfte, 40 Lagerhallen, sechs Millionen regelmäßige Kund*innen und einen Umsatz von 55 Millionen
35 Euro.⁷

2<https://www.umweltbundesamt.de/daten/ressourcen-abfall/verwertung-entsorgung-ausgewaehlter-abfallarten/verpackungsabfaelle>

3<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/verpackungsverbrauch-2018-weiter-gestiegen>

4https://www.boell.de/sites/default/files/plastikatlas_2019_2._auflage.pdf

5https://www.boell.de/sites/default/files/plastikatlas_2019_2._auflage.pdf

6https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/papier_-_wald_und_klima_schuetzen-reichart_1.pdf

7https://www.boell.de/sites/default/files/plastikatlas_2019_2._auflage.pdf

1 „Wenn alle Europäischen Länder unser System übernehmen, könnten über 200.000 Arbeitsplätze in der
2 Europäischen Wiederverwertungsindustrie entstehen." - Marleen de Vos, Leiterin von de Kringwinkel.⁸

3

4 **Förderung für Lastenräder sowie Lastenpedelecs**

5 Durch Förderprogramme und die Senkung der Mehrwertsteuer sollen Anreize für die Beschaffung von
6 Lastenrädern sowie Lastenpedelecs geschaffen werden.

7 In Deutschland verursacht der Verkehr rund ein Fünftel der Gesamt-Treibhausgasemissionen.¹ Die vom
8 Verkehr verursachten Emissionen sind 28 Prozent höher als 1990.² Der Verkehrsaufwand im
9 Personenverkehr erhöhte sich zwischen den Jahren 1991 und 2018 um etwa 35 %. Der motorisierte
10 Individualverkehr – Pkw und Krafträder – nahm dabei um etwa 31 % zu und behielt damit seine
11 dominierende Stellung: Sein Anteil am gesamten Personenverkehrsaufwand ging von 1991 (81,6 %) bis
12 2018 (79,1 %) kaum zurück. ³ Trotz erheblicher Potenziale spielen Lastenräder im städtischen
13 Wirtschaftsverkehr bislang eine untergeordnete Rolle. Das Institut für Verkehrsforschung im Deutschen
14 Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR) hat zwischen 2017 und 2019 das Projekt, "Ich entlaste Städte"
15 durchgeführt. Auftraggeber waren das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und
16 Reaktorsicherheit (BMUB) sowie die Nationale Klimaschutzinitiative.⁴

17 „Erste Ergebnisse von Europas größtem Lastenrad-Testprojekt zeigen, dass die Lastenräder bei zwei von
18 drei Fahrten anstelle von Pkw oder leichten Nutzfahrzeugen eingesetzt wurden. Die Hälfte der Teilnehmer
19 erwägt am Ende der Testphase ein eigenes Lastenrad zu kaufen oder kauft es sofort." ⁵

20 Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle hat im März 2018 einen Förderaufruf für
21 Lastenfahräder und Lastenanhänger mit Elektroantrieb für den fahrradgebundenen Lastenverkehr
22 veröffentlicht. Antragsberechtigt waren Privatpersonen leider nicht.⁶ Die Studie "Sozial-ökologisch
23 ausgerichtete Konjunkturpolitik in und nach der Corona-Krise", welche am 25.05.2020 vom
24 Bundesumweltministerium veröffentlicht wurde, fordert:

25 „Zusätzlich zum Ausbau der Fahrradinfrastruktur sollte auch der Kauf von Fahrrädern vergünstigt werden.
26 Die Anschaffung von E-Schwerlastfahrrädern wird vom Bund aktuell bis zum 28. Februar 2021 mit bis zu
27 2.500 Euro bezuschusst. Diese Förderung beschränkt sich auf gewerblich genutzte Schwerlasträder mit
28 einem Mindest-Transportvolumen von 1 m³ und eine Nutzlast von mindestens 150 kg (BAFA 2019).
29 Explizit nicht förderfähig sind demnach Fahrräder für den Personen- und Kindertransport. In einigen
30 Bundesländern existieren ähnliche Förderprogramme, die zum Teil auch auf Privatpersonen und den
31 Personentransport abzielen (Lastenfahrrad-Zentrum 2019). Diese sind oft deutlich überzeichnet
32 (Tagesspiegel 2019). Die Förderung sollte bundesweit auf kleinere und nicht elektrische Lastenräder

¹http://www3.weforum.org/docs/WEF_A_New_Circular_Vision_for_Electronics.pdf

<https://www.zdf.de/gesellschaft/plan-b/plan-b-die-reparatur-revolution-100.html>

²<http://ewastemonitor.info/>

<https://www.rnd.de/digital/un-bericht-536-millionen-tonnen-elektroschrott-allein-im-vergangenen-jahr-AK7TULHFQZKKS6GVVTXWESMNV.html>

³<https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/photo-of-the-year/contest-2011>

⁴<https://www.zdf.de/gesellschaft/plan-b/plan-b-die-reparatur-revolution-100.html#:~:text=Von%20einer%20%22Reparatur%2DRevolution%22,Rohstoffe%20m%C3%B6glichst%20lange%20genutzt%20werden.>

⁵<https://unternehmen.handelsblatt.com/reparieren-statt-wegwerfen.html>

⁶<https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-europaparlament-will-recht-auf-reparatur-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-201125-99-462253>

<https://www.bundestag.de/presse/hib/580974-580974>

<https://www.spd-europa.de/update-fur-europa-zusammenhalten-besser-machen/nachhaltiger-konsum-darf-kein-luxus-fuer-privilegierte-bleiben>

⁷<https://taz.de/Flandern-und-der-Muell/!5525200/>

⁸https://youtu.be/_uwIErmDhUE?t=1098

1 erweitert und bis Ende 2021 verlängert werden (Bundesförderung aktuell bis 28.2.2021 begrenzt). Die 18
2 von 39 verfügbaren Mittel sollten auf insgesamt (Bund und Länder) 1 Mrd. Euro jährlich erhöht werden.
3 Hauptprofiteure einer Verlängerung und einer Aufstockung der Förderprogramme wären private
4 Haushalte und Unternehmen (u.a. Logistikbetriebe und Einzelhandel mit Warenlieferung). In Städten
5 besteht das Potenzial rund 50 % aller Transporte auf Lastenräder zu verlagern (Monheim et al. 2016).
6 Auch die Verlagerungen im Pendel- und Freizeitverkehr hätten positive Auswirkungen u.a. in den
7 Bereichen Luftreinhaltung, Klima, Lärm und Flächennutzung."⁷

8 Der Umstieg auf das Lastenrad leistet einen fundamentalen Beitrag für die Gesellschaft: es fördert die
9 Gesundheit, spart Emissionen ein und verringert Lärm. Es ist ein effektiver Schritt, um Pkws von der
10 Straße zu kriegen.⁷

11

12 **Kennzeichnung von CO₂-Äquivalenten auf Konsumgütern**

13 Die Jusos setzen sich für eine Kennzeichnung von CO₂-Äquivalenten auf Konsumgütern ein.

14 Die Klimakrise ist voraussichtlich die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts. In den nächsten
15 Jahren ist jede Reduktion von Emissionen entscheidend und wegweisend. Daher erfordert die aktuelle
16 Situation konsequentes und schnelles Handeln von allen beteiligten Akteuren. Um die festgelegten Ziele
17 des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen, benötigt es Transparenz für Verbraucher*innen. Eine
18 Kennzeichnung von CO₂-Äquivalenten auf Konsumgüter würde dazu führen, dass Entscheidungen
19 bewusster getroffen werden können. Ähnliche Label oder Scores sind in Deutschland bereits vorhanden,
20 wie z.B. die EU-Energieverbrauchskennzeichnung oder der Nutri-Score. Bereits im vergangenen Jahr hat
21 sich der Petitionsausschuss mit der Petition 99915 "CO₂e-Kennzeichnung auf Lebensmittel vom
22 01.10.2019" befasst. Die Petition hat 57.067 Unterschriften erhalten und unter anderem gefordert, dass
23 auf allen in Deutschland vertriebenen Lebensmitteln die CO₂-Äquivalenten verpflichtend gekennzeichnet
24 werden sollen.

25 Grundlage einer solchen Kennzeichnung wäre die Berechnung aller CO₂-Emissionen, die ein Produkt
26 durchschnittlich im gesamten Lebensweg verursacht.

¹<https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/nachhaltige-mobilitaet>

²https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/eu_roadmap_media_report_v3.4_de_web.pdf S.2

³<https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/fahrleistungen-verkehrsaufwand-modal-split>

⁴https://www.dlr.de/vf/desktopdefault.aspx/tabid-958/4508_read-49498/

⁵https://www.dlr.de/content/de/artikel/news/2018/4/20181126_projekt-ich-entlaste-staedte-zwischenbilanz.html

<https://www.lastenradtest.de/>

⁶https://www.bafa.de/DE/Energie/Energieeffizienz/Kleinserien_Klimaschutzprodukte/Schwerlastenfahraeder/schwerlastenfahraeder_node.html

⁷https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Wirtschaft_und_Umwelt/sozial_oek_konjunkturpolitik_forschungsvorhaben_bf.pdf S. 17 u. 18

U5

Ernährungswende – die Folgen der Nutztierhaltung reduzieren

AntragsstellerIn: Jusos KV Gütersloh

1

2 Die Jusos setzen sich für einen drastischen Wandel in der industriellen Nutztierhaltung ein.

3 Dahingehend wollen wir, dass

4

5 – die Mehrwertsteuer auf Pflanzliche Produkte auf 7% gesenkt wird.

6 – die Subvention von Tierischen Erzeugnissen langfristig gestoppt wird.

7 – Importe von tierischen Erzeugnissen und Futtermittel aus Südamerika eingedämmt
8 werden, insbesondere solange der Regenwald gerodet wird.

9 – Entwaldungsfreie zertifizierte Lieferketten für den Import von Futtermittel
10 verpflichtend wird.

11 – für den Menschen besonders wichtige Reserveantibiotika in der industriellen
12 Tierhaltung verboten werden.

13 – Ausstiegsprogramme für Mäster*innen nach dem Vorbild der Niederlande entworfen
14 wird.

15 – Ersatzprodukte und In-vitro-Fleisch subventioniert wird.

16 – die Nutztierhaltung und dessen Erzeugnisse nicht mehr für den Export ausgerichtet
17 wird.

18 – Drittstaatentransporte verboten werden.

19

20

21 „Die großen Agrarkonzerne versuchen, die negativen Auswirkungen der Fleischproduktion unter den
22 Teppich zu kehren.“¹

23 Die industrielle Viehzucht ist nicht mehr zeitgemäß. Sie ist ineffizient, zerstörerisch,
24 menschenverachtend und vernichtet kostbare Ressourcen. Die Viehhaltungssysteme bedecken 45%
25 der gesamten Landfläche der Erde. Dabei verschlingt diese Industrie mehr Wasser und
26 Nahrungsmittel, als die Menschheit selbst konsumiert. Daraus resultiert, dass die Viehzucht deutlich
27 mehr Kalorien verbraucht, als sie am Ende für den menschlichen Verzehr bereitstellt.²

28 „Nach einer Berechnung des UN-Umweltprogramms könnten die Kalorien, die bei der Umwandlung
29 von pflanzlichen in tierische Lebensmittel verloren gehen, theoretisch 3,5 Milliarden Menschen
30 ernähren.“³

31 Laut der Studie "Livestock and climate change: what if the key actors in climate change are... cows,
32 pigs, and chickens?" fallen bis zu 51% der weltweiten Emissionen auf die Nutztierhaltung und dessen
33 Folgen zurück.⁴ In der Farm to Fork Strategie der Europäischen Union heißt es: "Die Landwirtschaft ist
34 für 10,3% der Treibhausgasemissionen der EU verantwortlich, von denen fast 70% aus der
35 Tierhaltung stammen. Es handelt sich dabei nicht um CO₂, sondern um Methan und Distickstoffoxid.
36 Darüber hinaus werden 68% der gesamten landwirtschaftlichen Fläche für die tierische Erzeugung
37 genutzt.“⁵ Insbesondere Methan und Lachgas stehen hier im Vordergrund. Laut Umweltbundesamt
38 ist Lachgas 300-mal und Methan rund 25-mal klimaschädlicher als CO₂. Zur Reduktion empfiehlt das
39 Umweltbundesamt: "Eine Veränderung der Ernährung und die damit einhergehende Verringerung

1 der Tierbestände bei den Wiederkäuern ist die effizienteste Maßnahme, um Methanemissionen zu
2 reduzieren."6 Im konkreten heizt die Viehhaltung die Klimakrise an, indem Regenwaldflächen für
3 Futtermittel und die Erzeugung tierischer Produkte abgeholzt und diese unter anderem nach Europa
4 verkauft werden.7 Die Tierhaltung ist für bis zu 91% der Zerstörung des Amazonas verantwortlich.8
5 Dabei sind Regenwälder besonders wichtig, da sie als Kohlenstoffspeicher fungieren und zudem eine
6 hervorragende Artenvielfalt aufweisen.

7 Hinzu kommt die Gefahr von Pandemien, Zoonosen und multiresistenten Keimen. Die
8 Schweinegrippe ist nur eins von vielen Beispielen. Die Antibiotika-Verbrauchsmengen in der Mast in
9 den vergangenen Jahren sind zwar rückläufig und die Bundesregierung strebt mit dem DART-Projekt
10 einen besseren Umgang an, dabei wird aber außer Acht gelassen, dass es immer noch nicht
11 ausreicht, um Risiken relevant zu eliminieren. In der EU infizieren sich jährlich circa. 671.000
12 Menschen an antibiotikaresistenten Keimen, mehr als 33.000 Menschen sterben daran. In
13 Deutschland sind es etwa 2300 Menschen.

14 Insgesamt sei laut den Wissenschaftler*innen die Belastung durch antibiotikaresistente Bakterien so
15 groß wie die von HIV/AIDS, Grippe und Tuberkulose zusammen. Zudem ist ein beunruhigender
16 Anstieg von Schwererkrankten zu beobachten.9 Eine Untersuchung, welche 2019 von Germanwatch
17 vorgestellt wurde, belegt die Gefahr durch Nutztiere. 56 Prozent der getesteten Hähnchen wiesen
18 resistente Erreger auf. Bei jedem dritten Hähnchen waren sogar Resistenzen gegen
19 Reserveantibiotika auffindbar.10

20 Die Studienlage zeigt auf, dass die Viehzucht vielfältige und tiefgründige Schäden auf unserem
21 Planeten anrichtet. Es wird Zeit, dass wir aus der Pandemie lernen, Fehler eingestehen und eine
22 Veränderung anstreben. Die vorgeschlagenen Maßnahmen können den ersten Schritt zur
23 Verbesserung beitragen. Dies bestätigt auch das Umweltbundesamt: "Durch eine Erhöhung der
24 Mehrwertsteuer von 7 auf 19 % würde die Nachfrage nach tierischen Produkten spürbar
25 zurückgehen. Das UBA empfiehlt, die Mehrwertsteuerbegünstigung für Fleisch und andere tierische
26 Produkte abzuschaffen. Konkret bedeutet dies, dass für diese Produkte der Mehrwertsteuersatz von
27 7% auf den regulären Steuersatz von 19 % steigt." Diese Forderung vom UBA teilen auch die
28 wissenschaftlichen Beiräte beim Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung sowie der
29 Sachverständigenrat für Umweltfragen. Das UBA begründet die Forderung: "Der ökologische
30 Fußabdruck tierischer Produkte ist im Vergleich zu anderen Lebensmitteln sehr groß. Die Produktion
31 von einem Kilo Rindfleisch verursacht zwischen sieben und 28 Kilo Treibhausgase, während Obst
32 oder Gemüse bei weniger als einem Kilo liegen. Außerdem ist ein „Weiter so“ beim Fleischkonsum
33 auch unter sozialen Aspekten keine Lösung. Denn die Tierhaltung führt zu hohen Folgekosten durch
34 Umweltschäden. Die Gewässerqualität wird z.B. durch zu hohe Gülleausbringung beeinträchtigt und
35 führt zu steigenden Wasserpreisen – diese belasten auch Geringverdiener. Und mit dem
36 Klimawandel bürden wir nachfolgenden Generationen eine große Hypothek auf. Zudem landen
37 derzeit rund 50 % der weltweiten Soja- und Weizenernte in den Mägen von Nutztieren – Tendenz
38 steigend. Dies verknappt global das Angebot von Nahrungsmitteln und treibt die Preise von
39 Grundnahrungsmitteln wie Brot und Reis in die Höhe."11

40 Eine neue Studie der Universität Augsburg "Calculation of external climate costs for food highlights
41 inadequate pricing of animal products" unterstreicht die Argumentation vom UBA. Demnach müsste
42 konventionelles Fleisch 146% und konventionelle Milchprodukte 91% teurer sein, wenn man die
43 Klimafolgen verursachergerecht auf den Preis aufschlagen würde.12 Auch haben wir uns als Partei
44 schon 2019 auf dem Parteitag dazu bekannt, klimaschädliche Subventionen abzuschaffen:

45 „Auch wollen wir Zug um Zug die ökologisch schädlichen Subventionen abbauen.“13

1 Eine neue Befragung von Prof. Latacz-Lohmann zeigt, dass die Mehrheit der 445 befragten
2 Schweinehalter*innen für einen Ausstieg bereit wären.¹⁴ Ausstiegsprogramme werden bereits in
3 den Niederlanden praktiziert. Das Ziel der niederländischen Regierung ist es, die Ammoniak- und
4 Stickstoffbelastungen der Umwelt sowie Geruchsbelästigungen weiter zu reduzieren¹⁵ – ein Thema,
5 bei dem Deutschland noch Aufholbedarf hat, wie die Klage der EU gegen Deutschland zeigt. Aufgrund
6 der Belastung durch Gülle und den damit erhöhten Nitratwerten standen Strafen in Höhe von bis zu
7 880.000 Euro täglich im Raum.¹⁶

8 Das letzte Jahr hat verdeutlicht, wie anfällig für Pandemien¹⁷ und wie menschenverachtend¹⁸ diese
9 Industrie ist. Wir müssen die Massentierhaltung beenden und den Konsum tierischer Produkte
10 drastisch reduzieren. Das ist nicht nur aus ethischen Gesichtspunkten oder zum Wohl unserer
11 eigenen Gesundheit wichtig,¹⁹ sondern explizit bedeutsam um den Klimawandel zu stoppen. Wir
12 müssen dringend Abstand zur Tierwelt nehmen, sonst liegt im schlechtesten Fall die nächste
13 Pandemie²⁰ schon morgen auf unserem Teller.²¹

14 „Der aktuelle Grund sollte jetzt sehr überzeugend sein, notwendige Veränderungen in Angriff zu
15 nehmen. Das Problem ist der Fleischhunger in der sich ausweitenden Gesellschaft.“ - Christian
16 Drosten, Virologe.²²⁸

⁸ ¹Fleischatlas 2014, Heinrich Böll Stiftung

²<https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0140673618317884?via%3Dihub>
<http://www.fao.org/3/i3437e/i3437e.pdf>
<https://cgspace.cgiar.org/bitstream/handle/10568/10601/IssueBrief3.pdf>
<https://directives.sc.egov.usda.gov/OpenNonWebContent.aspx?content=31475.wba>
<http://www.fao.org/3/a0701e/a0701e00.htm>
<https://www.epa.gov/ghgemissions/global-greenhouse-gas-emissions-data>
<https://www.ers.usda.gov/topics/farm-practices-management/irrigation-water-use/background.aspx>
<https://comfortablyunaware.wordpress.com/2012/06/09/biodiversity-and-food-choice-a-clarification/>
<https://oceanservice.noaa.gov/facts/deadzone.html>
<https://www.scientificamerican.com/article/ocean-dead-zones/>
<https://www.epa.gov/nutrientpollution/issue>
<https://www.theguardian.com/environment/radical-conservation/2015/oct/20/the-four-horsemen-of-the-sixth-mass-extinction>
<https://www.smithsonianmag.com/science-nature/ocean-dead-zones-are-getting-worse-globally-due-climate-change-180953282/>
<https://www.nature.com/articles/nature01014>

³The environmental food crisis. United Nations Environment Programme, 2009. S. 27

⁴<https://templatelab.com/livestock-and-climate-change/>
<https://www.independent.co.uk/environment/climate-change/study-claims-meat-creates-half-all-greenhouse-gases-1812909.html>
Hyner, Christopher. "A Leading Cause of Everything: One Industry That Is Destroying Our Planet and Our Ability to Thrive on It". Georgetown Environmental Law Review. October 23, 2015.

<https://www.nature.com/articles/s41586-018-0594-0>

⁵https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:ea0f9f73-9ab2-11ea-9d2d-01aa75ed71a1.0003.02/DOC_1&format=PDF S.9

⁶<https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/umweltbelastungen-der-landwirtschaft/lachgas-methan>

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/umweltbelastungen-der-landwirtschaft/lachgas-methan>

Shindell, Drew T, et al. "Improved Attribution of Climate Forcing to Emissions". Science. 326, 716 (2009)

⁷<https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/brasilien-eu-importiert-zwei-millionen-tonnen-soja-von-illegal-gerodeten-flaechen-a-b13b308d-1137-4c00-a6a2-765bf9d1c741>
<https://www.welt.de/politik/article202170476/Fleischkonsum-Wie-wir-Deutschen-den-Regenwald-mit-aufessen.html>

⁸https://www.nytimes.com/2017/02/24/business/energy-environment/deforestation-brazil-bolivia-south-america.html?_r=0

Bellantonio, Marise, et al. "The Ultimate Mystery Meat: Exposing the Secrets Behind Burger King and Global Meta Production". Mighty Earth

Oppenlander, Riachard A. Food Choice and Sustainability: Why Buying Local, Eating Less Meat, and Taking Baby Steps Won't Work. Minneapolis, MN: Langdon Street, 2013. Print.

⁹[https://www.thelancet.com/journals/laninf/article/PIIS1473-3099\(18\)30605-4/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/laninf/article/PIIS1473-3099(18)30605-4/fulltext)
Globale Studien:

<https://www.fda.gov/media/79581/download>

<https://www.foodsafetynews.com/2015/12/2015-in-review-animal-antibiotics/#.WPpdntxFfIU>

<https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC3234384/>

<https://livablefutureblog.com/2010/12/new-fda-numbers-reveal-food-animals-consume-lion%E2%80%99s-share-of-antibiotics>

¹⁰<https://germanwatch.org/de/16437>

¹¹<https://www.umweltbundesamt.de/fuer-klima-umwelt-tierische-produkte-hoehere#ist-der-vorschlag-unsozial-weil-auch-geringverdiener-durch-die-hoehere-mehrwertsteuer-fur-tierische-produkte-belastet-werden>

¹²<https://www.nature.com/articles/s41467-020-19474-6>

<https://www.uni-augsburg.de/de/campusleben/neuigkeiten/2020/12/15/3448/>

¹³B6: Wir bauen unser Land um: sozial, ökologisch, demokratisch, gerecht Wieviel Klimaschutz soll die Sozialdemokratie wagen und welche Rolle hat die Sozialdemokratie in unserem Land bei der Bewältigung dieser Menschheitsaufgabe? S. 22

¹⁴<https://www.topagrar.com/schwein/news/umfrage-mehrheit-der-schweinehalter-waere-bereit-zum-ausstieg-12409738.html>

¹⁵<https://www.tagesschau.de/ausland/niederlande-bauern-ausstieg-101.html>

<https://www.agrarheute.com/politik/niederlande-unterstuetzt-ausstiegswillige-schweinehalter-559948>

¹⁶https://ec.europa.eu/atwork/applying-eu-law/infringements-proceedings/infringement_decisions/index.cfm?lang_code=EN&typeOfSearch=true&active_only=1&noncom=0&r_dossier=&decision_date_from=&decision_date_to=&EM=DE&DG=ENVI&title=&submit=Search

<https://www.ndr.de/ratgeber/verbraucher/Wie-Nitrat-Grundwasser-belastet,wasser714.html>

¹⁷<https://www.tagesschau.de/inland/toennies-coronainfektionen-guetersloh-105.html>

<https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/halle/burgenland/toennies-weissenfels-corona-ausbruch-100.html>

<https://www.tagesspiegel.de/wissen/66-mitarbeiter-infiziert-corona-ausbruch-in-wiesenhof-schlachtereier-in-lohne/26017322.html>

¹⁸<https://www1.wdr.de/nachrichten/themen/coronavirus/toennies-situation-mitarbeiter-100.html>

<https://www.dw.com/de/das-verschimmelte-heim-der-t%C3%B6nnies-arbeiter/a-53898736>

¹⁹<https://www.pnas.org/content/113/15/4146>

²⁰<https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/notfall-antibiotika-neue-resistente-keime-aus-china>

U8

Bildung eines Bürger*innenrats zur Klima- und Umweltpolitik auf Landesebene

AntragsstellerIn: Jusos KV Gütersloh

1

2 Die Jusos setzen sich dafür ein, einen allgemeinen, dauerhaften Bürger*innen-Rat zur Klima- und
3 Umweltpolitik (im Folgenden „Klimarat“ genannt) zu gründen und institutionell einzubinden. Der
4 Klimarat soll Forderungen und Lösungsvorschläge für die Landesregierung erarbeiten und in
5 beratender Funktion den vier Ministerien Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie, Heimat,
6 Kommunales, Bau und Gleichstellung, Verkehr, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und
7 Verbraucherschutz helfen. Die Mitglieder sollen ausgelost werden. Es handelt sich um einen
8 vollständig gelosten Bürger*innenrat.

9 Das basisdemokratische Konzept von Bürger*innenräten gewinnt in letzter Zeit enorm an
10 Popularität, da es Beteiligung unter annähernd repräsentativer Zusammensetzung hinsichtlich des
11 Geschlechts, Alters, Bildungsstands, der Region und eines Migrationshintergrunds ermöglicht.

12 Gerade in der Klima- und Umweltpolitik benötigen wir schnelle Erfolge und ambitionierte Ziele, um
13 das Pariser Klimaschutzabkommen einzuhalten. Dies ist für viele Politiker*innen schwer umzusetzen,
14 da sie sich vor wegweisenden Entscheidung fürchten, aus Angst, Wähler*innenstimmen zu verlieren.
15 Bürger*innenräte besitzen viele Vorteile, doch der wichtigste Vorteil für den Klimarat ist die
16 Schaffung von Akzeptanz für Klima- und Umweltpolitische Entscheidungen.⁹

²¹Weiterführende Informationen und Studien u.a hier zu finden: <https://www.cowspiracy.com/facts>

²²<https://www.stern.de/gesundheit/virologe-christian-drosten---wir-haben-in-deutschland-einige-vorteile-gegenueber-anderen-laendern--9190450.html>

^{9 9} Kirby, Nicolina; Freier, Anna Nora; Renn, Ortwin et al. (2021): Evaluation des Bürgerrats Deutschlands Rolle in der Welt. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Evaluationen. Potsdam, Wuppertal; DOI: 10.25926/hjqy-x361, S. 11

U9

CO2-Preis anheben und umweltschädliche Subventionen abbauen!

AntragsstellerIn: Jusos KV Gütersloh

1

2 Die Jusos setzen sich dafür ein, dass der CO2-Preis schnellstmöglich angehoben
3 und umweltschädliche Subventionen abgebaut werden. Konkret sollen folgende
4 Subventionen zeitnah entfallen:

5

- 6 • Energiesteuerbefreiung auf Kerosin.
- 7 • Die Mehrwertsteuerbefreiung auf internationale Flüge.
- 8 • Die Energiesteuervergünstigung für Diesel.
- 9 • Die Steuervorteile für Dienstwagen, die Hybridfahrzeuge sind oder die EU-Grenzwerte für
10 den Ausstoß von CO2 (aktuell 95g/km) nicht einhalten

11

12 „Der Kostensatz für CO2-Emissionen stieg aufgrund der im Zeitablauf steigenden Schäden und der
13 Inflationsanpassung von 180 Euro/Tonne im Jahr 2016 auf 195 Euro/Tonne im Jahr 2020. Werden die
14 Nutzen heutiger und zukünftiger Generationen gleichgewichtet, ergibt sich durch die dann stärker
15 berücksichtigten zukünftigen Schäden sogar ein Kostensatz von 680 Euro/Tonne für das Jahr 2020.“ 1

16 Auf dem Bundesparteitag der SPD 2019 in Berlin wurde beim Antrag "Wir bauen unser Land um:
17 sozial, ökologisch, demokratisch, gerecht. Wieviel Klimaschutz soll die Sozialdemokratie wagen und
18 welche Rolle hat die Sozialdemokratie in unserem Land bei der Bewältigung dieser
19 Menschheitsaufgabe?" Folgendes beschlossen:

20 „Wir wollen schrittweise zu einer Internalisierung externer Kosten kommen, um den
21 Marktmechanismus zu verbessern und die ökologischen und sozialen Folgen nicht auf Dritte
22 abzuwälzen. Die Preise müssen die ökologische und soziale Wahrheit sagen. Wir wollen einen sozial
23 gerechten und wirksamen CO2-Preis, in Verbindung mit einem umfassenden breit wirksamen
24 sozialen Ausgleich. Auch wollen wir Zug um Zug die ökologisch schädlichen Subventionen abbauen.“

25 2

26

27 Die Studie "Zehn klimaschädliche Subventionen im Fokus. Wie ein Subventionsabbau den
28 Klimaschutz voranbringt und den Bundeshaushalt entlastet.", welche im November 2020 vom Forum
29 Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft veröffentlicht wurde, zeigt die Notwendigkeit zum schnellen
30 Agieren auf. Demnach können durch die Streichung der zehn bereits genannten Subventionen
31 jährlich bis zu 46 Milliarden Euro und knapp 100 Millionen Tonnen CO2-Äquivalente eingespart
32 werden.³ Das Umweltbundesamt schrieb 2017, dass der Vergleich der Jahre 2006, 2008, 2010 und
33 2012 zeigt, dass es in der Gesamtschau keinen Fortschritt beim Abbau umweltschädlicher
34 Subventionen gab. Die Gesamtsumme der umweltschädlichen Subventionen bleibt weiterhin auf
35 einem hohen Niveau und ein systematischer Abbau ist in Deutschland nicht zu erkennen. Zudem
36 schrieb das Umweltbundesamt, "Weshalb der Abbau umweltschädlicher Subventionen notwendig
37 ist":

1 „Die umweltschädlichen Subventionen beliefen sich in Deutschland im Jahr 2012 auf über 57
2 Milliarden Euro. Berücksichtigt sind dabei nur die wichtigsten Subventionen des Bundes, während
3 Förderprogramme aus Landes- und kommunaler Ebene weitestgehend unberücksichtigt bleiben. In
4 einigen Fällen ist es außerdem nicht möglich, den umweltschädlichen Anteil der Subventionen zu
5 quantifizieren. Die Summe von 57 Milliarden Euro stellt somit lediglich eine Untergrenze der
6 umweltschädlichen Subventionen dar.“⁴

7 In Anbetracht der Tatsache, dass Deutschland größter CO₂-Emittent in Europa und sechstgrößter
8 CO₂-Emittent weltweit ist, ist eine Reduktion von umweltschädlichen Subventionen und CO₂-
9 Emissionen enorm wichtig. Zwei Gutachten des Wirtschafts- und Umweltministeriums belegen, dass
10 Deutschland mit dem Klimapakete nicht mal seine selbstgesetzten Klimaziele bis 2030 erreichen wird.
11 Es ist dringend erforderlich, dass wir schnellstmöglich handeln.⁵

12 „Diese Beispiele zeigen die signifikante Dimension der Schäden, die jedes Jahr durch
13 Umweltbelastungen in Deutschland entstehen. Es ist wichtig, diese oft übersehenen Kosten sichtbar
14 zu machen: Denn die verursachten Gesundheits- und Umweltschäden sind real, für unsere heutige
15 Gesellschaft, für unsere Kinder und Enkel, aber auch für Menschen in anderen Teilen der Welt.
16 Gerade auch in der Diskussion um die Verwendung von Corona-Aufbauhilfen sollten wir
17 sicherstellen, dass die öffentlichen Gelder nur für umweltgerechte Projekte und den Übergang zu
18 einer klima- und umweltverträglichen Wirtschaft verwendet werden.“ - Dirk Messner, Chef des
19 Umweltbundesamts.⁶¹⁰

¹⁰ ¹<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/konsequenter-umweltschutz-spart-der-gesellschaft>

²https://indieneuezeit.spd.de/fileadmin/pv/Dokumente/BPT2019/Beschluesse/B6_Wir_bauen_unser_Land_um_sozial_oekologisch_demokratisch_gerecht.pdf
S. 20 u. 21

³https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/2020-11-11_greenpeace-studie_10_klimaschaedliche_subventionen_im_fokus.pdf

⁴<https://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/wirtschaft-umwelt/umweltschaedliche-subventionen>

⁵<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/klimapakete-der-bundesregierung-verfehlt-ziele-ministerien-gutachten-a-e1c80079-7bc7-4521-b05f-3382695cf101>

⁶<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/konsequenter-umweltschutz-spart-der-gesellschaft>

U10 Kohleausstieg bis 2030!

AntragsstellerIn: Jusos KV Gütersloh

1

2 Die Jusos setzen sich für einen Kohleausstieg bis 2030 ein.

3 Der Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen (SRU) errechnete Anfang
4 2020 in seinem Umweltgutachten das deutsche CO₂-Budget für unterschiedliche Szenarien.
5 Um das 1,5-Grad-Ziel noch einhalten zu können, darf Deutschland maximal 4,2 Gigatonnen
6 emittieren. Laut der Studie "Klimaschutz statt Kohleschmutz: Woran es beim Kohleausstieg
7 hakt und was zu tun ist" verbraucht der Stromsektor bis 2040 etwa 4,4 Gigatonnen Tonnen
8 CO₂, womit Deutschland den 1,5-Grad-Pfad überschreiten würde. Beim 1,75-Grad-Pfad, mit
9 einer Wahrscheinlichkeit diese Grenze zu 50 Prozent einzuhalten, würde der Stromsektor bis
10 2040 zwei Drittel des gesamten deutschen CO₂-Budgets beanspruchen. Die Studie legt
11 nahe, dass der Kohleausstieg auf 2030 vorgezogen werden muss, damit Deutschland eine
12 Chance hat, die Klimaziele einzuhalten. Demnach weicht der von der Bundesregierung
13 aktuell anvisierte Kohleausstieg in entscheidenden Punkten von den Empfehlungen der
14 Kohlekommission ab. Dadurch werden im Zeitraum 2020 bis 2040 etwa 134 Millionen
15 Tonnen CO₂ zusätzlich ausgestoßen. Dies wird mit der zu späten Abschaltung von
16 Braunkohlekraftwerken und der Inbetriebnahme von Datteln IV begründet. Ein Kohleausstieg
17 im Einklang mit internationalen Klimaschutzzielen müsste bis zum Jahr 2030 erfolgen. Die
18 Emissionen könnten in diesem Fall um 1,8 Milliarden Tonnen CO₂ niedriger sein und so
19 könnten die Pariser Klimaziele eingehalten werden. (vgl. Oei et al. 2020: 19).

20

21 Quelle:

22 [https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/kohle/kohle_ausstieg_diw-
studie.pdf](https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/kohle/kohle_ausstieg_diw-
23 studie.pdf)

U11

Moore renaturieren, Torfabbau sowie Torfprodukte verbieten.

AntragsstellerIn: Jusos KV Gütersloh

1

2 Die Jusos setzen sich dafür ein, dass alle Moore in Deutschland schnellstmöglich renaturiert und der
3 Abbau von Torf sowie allen nicht zwingend notwendigen Torfprodukten verboten werden.

4 Moore sind nasse Landschaften mit einem Torfboden, der weitgehend aus Kohlenstoff besteht.
5 Nasse Moore beeinflussen die Bilanz der Treibhausgase auf zwei Weisen: Sie binden Kohlenstoffe
6 und stoßen Methan aus. Langfristig ist der klimatische Effekt der Kohlenstoffaufnahme wichtiger als
7 der des Methan-Ausstoßes. Denn Methan wird mit einer Verweildauer von zwölf Jahren in der
8 Atmosphäre vergleichsweise schnell abgebaut. Wird ein Moor entwässert, dringt Sauerstoff in den
9 Torf ein. Dadurch wird der Ausstoß von Methan gestoppt und stattdessen Kohlenstoff und Lachgas in
10 die Atmosphäre abgegeben. Die Auswirkung auf das Klima ist hierbei 298 mal höher als bei CO₂ und
11 12 mal höher als bei Methan. Die heimischen Moorlandschaften bedeckten ursprünglich mit 1,5
12 Millionen Hektar 4,2 Prozent der Landfläche Deutschlands. Heute sind sie zu 95 Prozent entwässert,
13 abgetorft, bebaut oder landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzt. Diese Moore gelten als
14 „tot“. Dabei erfüllen sie bedeutende Funktionen für unsere Umwelt: Sie stellen mit ihren
15 einzigartigen Ökosystemen Lebens- und Rückzugsräume für viele bedrohte Arten dar, speichern
16 riesige Mengen Kohlenstoff und wirken im Landschaftswasserhaushalt als Filter- und
17 Rückhalteflächen.¹

18 Moore machen nur etwa drei Prozent der weltweiten Landfläche aus. Dabei speichern sie doppelt so
19 viel Kohlenstoffdioxid wie alle Wälder der Erde zusammen. Alleine in Deutschland werden jährlich
20 etwa acht Millionen Kubikmeter Torf abgebaut.

21 Torf kommt in der Kosmetik, Medizin und Gartenerde zum Einsatz. Etwa ein Drittel wird von Hobby-
22 Gärtnern verbraucht. Laut Bundesregierung entweichen alleine aus entwässerten deutschen Mooren
23 jährlich rund 45 Millionen Tonnen CO₂. Mit insgesamt 84 Prozent tragen Land- und Forstwirtschaft
24 den größten Anteil an den Emissionen, die durch die Zerstörung von Mooren frei werden.²

25 „Das sind rund fünf Prozent der jährlichen Gesamtemissionen in Deutschland und fast 40 Prozent der
26 Emissionen der deutschen Landwirtschaft“, so Jochen Flasbart, Staatssekretär im Bundesministerium
27 für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. ³

28 Der Bericht "Naturkapital und Klimapolitik - Synergien und Konflikte." hat die gesellschaftlichen
29 Kosten und die öffentlichen Fördergelder für verschiedene Landnutzungen auf Moorböden
30 untersucht. Demnach sind die volkswirtschaftlichen Kosten des Ackerbaus auf entwässerten
31 Moorböden um ein Vielfaches höher als die privaten Gewinne.

32 „Wenn wir zum Beispiel 300.000 Hektar Moorböden in Deutschland wieder vernässen würden,
33 ließen sich die volkswirtschaftlichen Schäden von 217 Millionen Euro pro Jahr vermeiden.“ - Der
34 Leiter der Studie, Prof. Bernd Hansjürgens vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung.⁴

35 Insgesamt lässt sich festhalten, dass Moore eine unglaubliche Biodiversität aufweisen und eine
36 exzellente Arbeit im Kampf gegen den Klimawandel leisten. Wir müssen sie schützen, denn sie
37 schützen uns.¹¹

¹¹ <https://www.nabu.de/natur-und-landschaft/moore/weltweit/index.html>

²<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/moore-mindern-co2-435992#:~:text=CO2%20%2DAussto%C3%9F%20senken&text=Mit%20insgesamt%2084%20Prozent%20tragen,der%20weitgehend%20aus%20Kohlenstoff%20besteht>
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/moore-die-natuerlichen-filter-399710#:~:text=Torfabbau%20stoppen,Teil%20wird%20im%20Gartenbau%20verwendet.>

³<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/moore-mindern-co2-435992>

⁴<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Moore-Die-vergessenen-CO2-Speicher,moore170.html>

<https://www.ardmediathek.de/swr/video/planet-wissen/das-moor-kulturlandschaft-und-klimafaktor/swr-fernsehen/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLWE0M2Y0YjM2LWFhZGMtNDhINi1hMTExLThkNmVhNDliZjUzZQ/>

<https://www.sciencenews.org/article/bogs-peatlands-fire-climate-change>

<https://www.moorschutz-deutschland.de/klima/oekosystemleistung/>

https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/oekonomie/Dokumente/teeb_de_klimabericht_langfassung.pdf

<https://www.nature.com/articles/s41561-019-0454-z>

<https://www.zdf.de/wissen/leschs-kosmos/klimaneutralesw-europa-aber-wie-100.html>

<https://www.youtube.com/watch?v=aSwPGU-B79g>

<http://eprints.glos.ac.uk/7161/>

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/climate_change_14_2016_peatlands_forests_and_the_climate_architecture.pdf

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/climate_change_05_2013_gather_renaturierung_von_mooren_barrierefrei.pdf

U12

Photovoltaik-Pflicht bei privaten Neubauten und kommunalen Gebäuden

AntragsstellerIn: Jusos KV Gütersloh

1

2 Angesichts der Klimakrise setzen wir uns für einen massiven Ausbau von erneuerbaren Energien ein.
3 Dabei gibt es vor allem bei der Nutzung von Solarenergie noch viel ungenutztes Potenzial, denn mit
4 den Hausdächern und -wänden unserer Städte und Gemeinden stehen genügend Freiflächen zur
5 Verfügung. Wir fordern daher:

- 6 – Gebäude der öffentlichen Hand sollen flächendeckend mit Photovoltaikanlagen
7 ausgestattet werden. Wir Jusos suchen den Kontakt zu den SPD-Ratsfraktionen und
8 den kommunalen Verwaltungen, um diese Position überall in Ostwestfalen-Lippe
9 durchzusetzen.
- 10 – Bei der Planung von Neubaugebieten soll die Ausstattung mit Photovoltaik
11 verpflichtend berücksichtigt werden. Dazu gehört auch, die Ausrichtung der Gebäude
12 sowie die Neigung der Dächer dazu passend zu gestalten.
- 13 – Für bestehende Gebäude in Privatbesitz sollen möglichst weitreichende, finanzielle
14 Förderungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zur Installation und
15 Nutzung von Photovoltaik ins Leben gerufen oder – sofern bereits existent –
16 ausgebaut werden.

17 Deutschland wird 2022 aus der Kernenergie aussteigen. Die anderen Energiequellen, insbesondere
18 die Erneuerbaren Energien, werden voraussichtlich die Kernenergie kompensieren können.¹ Nie war
19 es essentieller, den Anteil der Erneuerbaren Energien drastisch zu erhöhen, um schneller als 2038
20 aus der Kohleenergie aussteigen zu können. Die Kommunen müssen als Vorbild vorangehen und alle
21 geeigneten kommunalen Gebäude ausrüsten. Dabei müssen Neubauten in der Zukunft verpflichtend
22 mit Photovoltaikanlagen gebaut werden. Mit einem Kohleausstieg im Jahr 2038 wird Deutschland
23 sein CO₂-Budget zum Erreichen des 1,5-Grads nicht gewährleisten können.² Daher ist es zwingend
24 notwendig, schneller eine Energieversorgung ohne Kohlestrom zu schaffen.

25 Das Gutachten „Photovoltaik-Pflicht mit Verpachtungskataster: Optionen zur Gestaltung einer
26 bundesweiten Pflicht zur Installation und zum Betrieb neuer Photovoltaikanlagen“ von Oktober 2020
27 vom Umweltbundesamt kommt zu dem Ergebnis:

28 „Eine PV-Pflicht für Gebäudeeigentümer und -eigentümerinnen kann unter Beachtung der
29 dargestellten verfassungsrechtlichen Maßstäbe als vereinbar mit der Eigentumsgarantie und der
30 Berufsfreiheit ausgestaltet werden.“³¹²

31

¹² <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/energiewende/fragen-und-antworten/kernkraft#:~:text=Deutschland%20hat%202021%20den%20schrittweisen,dass%20es%20unabsehbar%20Restrisiken%20gibt.>

²https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.725608.de/diwkompakt_2020-148.pdf

³<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/photovoltaik-pflicht-verpachtungskataster-optionen>
https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/2020_10_26_climate_change_34_2020_pv-pflicht_mit_verpachtungskataster.pdf S. 55

U13

Pilotprojekt „Autofreie Innenstädte“

AntragsstellerIn: Jusos KV Gütersloh

1

2 Die Jusos setzten sich dafür ein, Pilotprojekte für autofreie Innenstädte am Beispiel von Bielefeld und
3 Paris einzuführen. Es soll dazu beitragen die Attraktivität der Innenstädte zu erhalten und einen
4 Beitrag zum Umweltschutz leisten. Nach Beendigung der Pilotprojekte muss evaluiert werden, ob die
5 aufgeführten Probleme verbessert wurden.

6 In Deutschland verursacht der Verkehr rund ein Fünftel der Gesamt-Treibhausgasemissionen.² Die
7 vom Verkehr verursachten Emissionen sind 28 Prozent höher als 1990.³

8 Damit Deutschland seinen Beitrag zum Pariser Klimaschutzabkommen gewährleisten kann, muss der
9 Verkehrssektor seine Emissionen drastisch reduzieren.⁴

10 Insgesamt steht der Verkehrssektor global vor einem gewaltigen Umbruch, der schon im vollen
11 Gange ist. Erst vor kurzem verurteilte der EuGH Deutschland wegen zu hohen Stickoxid-Werten. Die
12 Pilotprojekte können diverse Vorteile mit sich bringen und bieten eine Chance zur Lösung der
13 vorhandenen Probleme.¹³

¹³ ²<https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/nachhaltige-mobilitaet>

³https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/eu_roadmap_media_report_v3.4_de_web.pdf S.2

⁴https://www.stiftung-mercator.de/media/downloads/3_Publikationen/2019/2019_12/31_CO2_Budget_Zusammenfassung_DE_WEB.pdf

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/klimaschutz-im-verkehr-neuer-handlungsbedarf-nach>
https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2020/10/FFF-Bericht_Ambition2035_Endbericht_final_20201011-v.3.pdf

U14 Schottergärten verbieten!

AntragsstellerIn: Jusos KV Gütersloh

1

2 Die Jusos setzen sich für ein Verbot von Schottergärten ein.

3 Die Lage ist dramatisch. Das aktuelle Artensterben übertrifft das Massensterben am Ende
4 der Kreidezeit. Jede*r Einzelne muss in die Pflicht genommen werden, etwas für die
5 Artenvielfalt zu tun. Hierbei können Gärten einen Beitrag leisten, während Schottergärten
6 das Gegenteil bewirken. Sie bieten keinen Lebensraum für Tiere und Insekten, speichern
7 kein Wasser und kühlen die Umgebung nicht ab. Zudem wird der Schotter oft aus nicht-
8 regionalen Quellen bezogen.